

**Reden von Herrn Bundesrat Kaspar Villiger im Zusammenhang mit der Volksinitiative "Schweiz ohne Armee"**

1. Armee: Heilige Kuh oder Notwendigkeit (Ansprache am Parteitag der FDP des Kantons St. Gallen, 17. Juni 1989) weiss
2. Aktuelle Dimensionen der schweizerischen Sicherheitspolitik (Ansprache an der ausserordentlichen Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz, 21. Oktober 1989) gelb
3. Perspektiven der Armee im Jahr 2000 (Referat vor der Offiziersgesellschaft der Stadt Bern, 23. Oktober 1989) blau

SPERRFRIST: 17.6.1989

16.00 UHR

---

PARTEITAG DER FDP DES KANTONS ST. GALLEN

ANSPRACHE VON BUNDESRAT KASPAR VILLIGER:

"ARMEE: HEILIGE KUH ODER NOTWENDIGKEIT?"

WIL, 17. JUNI 1989

---

### 1. Einleitung

Im November werden wir über das möglicherweise radikalste Volksbegehren seit der Einführung des Initiativrechts abstimmen, nämlich über die Initiative für eine Schweiz ohne Armee. Noch vor wenigen Jahren wäre ein derartiges Volksbegehren kaum denkbar gewesen. Jetzt scheinen Umfragen zu belegen, dass fast 1/4 der Schweizer mit der Abschaffung der Armee zumindest sympathisieren. Wenn wir uns vertieft mit der Thematik befassen, so stellen wir bald fest, dass es keineswegs nur um Fragen der Armee geht. Es geht vielmehr um Fragen des nationalen Selbstverständnisses, um Fragen auch unseres modernen Staatsverständnisses. Deshalb setzt diese Abstimmung auch so viele Emotionen frei. Die rational kaum verständlichen, heftigen Diskussionen um die Gedenkanklässe für die Mobilmachungsteilnehmer geben davon einen Vorgeschmack.

Ich möchte mich im folgenden äussern zu

- der Notwendigkeit einer schlagkräftigen Armee;
- dem politischen Boden, auf welchem so eine Initiative wächst;
- einigen grundsätzlichen Problemen unserer heutigen Politik.

## 2. Die Armee ist nötig!

### 2.1 Die Bedrohung

Ob eine Armee als nötig empfunden wird, hängt stark damit zusammen, ob sich die Menschen bedroht fühlen oder nicht. Dieses Bedrohungsgefühl hat sich in den letzten Jahren gewandelt. Viele Menschen fühlen sich nicht mehr durch internationale Spannungen oder durch nach wie vor vorhandene Waffenarsenale bedroht, sondern beispielsweise durch Umweltprobleme, durch vermeintliche Ueberfremdung oder durch befürchtete Folgen der demographischen Entwicklung auf die Solidität der Sozialwerke. Sie möchten die knappen Mittel des Staates deshalb nicht mehr in die Armee investieren, sondern andere Staatsaufgaben stärker unterstützen.

Dies wäre allerdings kurzsichtig. Es kann nicht darum gehen, verschiedene Staatsaufgaben gegeneinander auszuspielen. Der Staat muss alle seine Aufgaben angemessen erfüllen, die Landesverteidigung so gut wie den Umweltschutz oder die soziale Sicherheit. Zur Beurteilung der Wichtigkeit der Landesverteidigung ist nun aber wichtig zu wissen, wie es eigentlich mit der militärischen Bedrohung steht!

Tatsächlich gibt es einige Entwicklungen, die sehr zuversichtlich stimmen. Einige Konflikte auf der Welt haben sich entschärft. Die Beziehungen zwischen den grossen Blöcken scheinen sich zu normalisieren. Mit dem INF-Vertrag ist ein erstes echtes Abrüstungsabkommen in Kraft getreten. Es baut zwar lediglich etwa 4 % der nuklearen Kapazität ab, hat aber wegweisenden Charakter, indem erstmals derjenige mehr abbauen muss, der über mehr Waffen verfügt, und indem neue Wege der vor-Ort-Verifikation begangen werden. Es scheint weiter, dass die UNO auf verschiedene Konflikte einen positiveren Einfluss als früher ausübt. Man darf in der Tat davon ausgehen, dass der Ausbruch eines dritten Weltkrieges derzeit unwahrscheinlich ist.

Wir dürfen nun aber einige andere Tatsachen nicht verdrängen. Nach wie vor existieren auf der Welt zahllose Krisenherde. Unterdrückung, Not, Armut oder grossflächige Umweltzerstörungen erzeugen Spannungen, die sich jederzeit mit Gewalt entladen können. Die Waffenpotentiale gerade in Mitteleuropa sind nach wie vor gewaltig und beängstigend. Auch nach dem angekündigten einseitigen Abbau der Streitkräfte des Warschauer Paktes würde dieser ein erhebliches Uebergewicht behalten. Weltweit ist die sogenannte indirekte Kriegsführung mit Terror, Sabotage, Erpressung und Desinformation eher im Zunehmen begriffen. Die Abrüstungsverhandlungen streben keine Welt ohne Waffen an. Auch ein Sicherheitssystem der Zukunft wird immer auf Armeen beruhen. Wir müssen zudem erkennen, dass bisher trotz der Abrüstungsrhetorik qualitativ nach wie vor aufgerüstet und nicht abgerüstet wurde.

Die Geschichte zeigt auch, dass sich die strategische Grosswetterlage ständig verändert. Rückschläge sind ebensogut möglich wie Fortschritte. Die schrecklichen Ereignisse in China sind ein Beispiel dafür. Es gibt nie eine Garantie dafür, dass solche Rückschläge nicht auch in Regionen geschehen, die für uns sicherheitspolitisch von grösserer Bedeutung sind. Bisher hat sich der allgemeine und langdauernde Weltfriede als Utopie erwiesen. Es gibt keine

Garantie, dass sich das in absehbarer Zeit ändern wird. Es ist auch anzunehmen, dass die lange Friedensperiode in Mitteleuropa vor allem durch den nuklearen Schutzschild ermöglicht worden ist, so schrecklich diese Erkenntnis im Grunde ist. Wenn die Sowjetunion heute eine Welt ohne Nuklearwaffen propagiert, so ist darauf hinzuweisen, dass die beiden grausamsten Weltkriege ohne Nuklearwaffen ausbrachen. Es ist nicht undenkbar, dass ohne die Drohung durch Nuklearwaffen konventionelle Kriege wieder vermehrt führbar würden und dass dann derjenige seine Macht ungehindert ausspielen könnte, der konventionell stärker ist. Eine Welt ohne Atomwaffen ist indessen noch lange nicht Realität, und sie wäre leider kaum sicherer.

Weil sich politische Absichten immer wieder ändern können, darf sich eine Armee nie nach den Absichten richten. Sie muss von den vorhandenen Waffen- und Mannschaftspotentialen ausgehen. Diese Potentiale sind gerade in Mitteleuropa nach wie vor derart gross, dass eine schweizerische Sicherheitspolitik ohne eine starke Armee im Zentrum unverantwortlich wäre.

Ein abrupter Machtwechsel kann eine friedensbereite Macht über Nacht wieder in eine aggressive verwandeln. Wer dann nicht gerüstet und ausgebildet ist, kann das Versäumte nicht in der notwendigen Frist nachholen. Erst wenn die Waffenpotentiale signifikant reduziert und erst noch eine nichtangriffsfähige Struktur erhalten haben, ist ein Nachlassen unserer Rüstungsbemühungen verantwortbar. Die Aufgabe unserer Sicherheitspolitik muss es erstens sein, eine Armee zu erhalten, welche der potentiellen Bedrohung durch die vorhandenen Waffen gewachsen ist. Das ist die sogenannte bewahrende Komponente der Sicherheitspolitik. Zweitens muss die Sicherheitspolitik danach streben, auf die politischen Absichten der Mächte so einzuwirken, dass eine echte Reduktion und Umstrukturierung der Waffenpotentiale möglich wird. Das ist die sogenannte ausgreifende Komponente der Sicherheitspolitik. Sie ist wichtiger geworden, auch für die Schweiz.

## 2.2 Was passiert in Zukunft mit den Potentialen?

Ich habe schon darauf hingewiesen, dass einige Entwicklungen zu Hoffnung Anlass geben. Es finden ernsthafte Gespräche in den Bereichen der strategischen Nuklearwaffen, der chemischen Waffen, der konventionellen Rüstung und der vertrauensbildenden Massnahmen statt. Derzeit scheinen sich die Abrüstungsangebote von hüten und drüben geradezu zu überstürzen.

Das Ziel muss sein, ein ausgewogenes und stabiles Kräfteverhältnis zwischen den Blöcken auf möglichst niedrigem Rüstungs- und Bestandesniveau zu erreichen. Dieses Ziel ist nicht unerreichbar, aber der Weg dorthin ist steinig. Er könnte Jahre dauern, auch wenn es jetzt den Anschein macht, als ob sich die Entwicklung beschleunigt hätte.

Dabei gibt es vier Sachverhalte zu bedenken:

- a) Viel hängt von der Entwicklung im Ost-West-Verhältnis ab. Der Oeffnungsprozess in der Sowjetunion ist eindrucklich. Es gilt aber zu bedenken, dass er nicht das Ziel verfolgt, eine Demokratie nach westlichem Muster und eine Marktwirtschaft einzurichten. Immer wieder wurde uns in Moskau versichert, dass die Grundlagen des Sozialismus und Leninismus nicht in Frage gestellt werden. Das setzt jeder Reform Grenzen. Das Ziel ist vielmehr, die mit den alten Methoden unlösbaren immensen Probleme dieses Landes neu anzugehen. Die Oeffnung könnte indessen ungewollt nicht nur wirtschaftliche Kreativität freisetzen, sondern auch politische Sprengkraft entwickeln. In der Geschichte hat politische Sprengkraft entweder zu Revolutionen, oder zu Rückfällen in finstere Diktaturen oder gar zur Ablenkung des Volkes durch eine aggressive Aussenpolitik geführt. Ob es der Sowjetunion gelingen wird, den schmalen Weg der

dosierten und kontrollierten Oeffnung zu gehen, ist noch offen. Wir haben ein Interesse daran, diesen Weg zu unterstützen, weil er in die richtige Richtung geht. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass sein Ziel noch keineswegs unseren Vorstellungen entspricht.

- b) Waffen sind nicht Ursache, sondern Ausdruck von Spannungen. Konfliktträchtige Spannungen aber sind nach wie vor weltweit vorhanden. Dauerhafter Frieden ist nur zusammen mit Freiheit möglich. Deshalb ja hat die KSZE drei Körbe, nämlich neben dem militärischen Korb auch den wirtschaftlichen und den menschenrechtlichen. Einige osteuropäische Länder haben in der letzten Zeit bei den Menschenrechten unbestreitbar Fortschritte gemacht. Das ist positiv. Die Ereignisse in Georgien oder in Rumänien zeigen aber, dass noch ein langer Weg zurückzulegen sein wird.
- c) Die Waffenpotentiale werden nur abgebaut, wenn Vertrauen entsteht. Nachdenklich hat mich bei meinem Besuch in Moskau gemacht, wieviel Misstrauen gegenüber den westlichen Demokratien in sowjetischen Militärkreisen nach wie vor vorhanden ist. Man fühlt sich echt bedroht. Wer die militärischen und politischen Möglichkeiten der westlichen Demokratien kennt, empfindet zwischen diesem Misstrauen und der realen Bedrohung eine schwer verständliche Diskrepanz. Ich glaube, dass nur vermehrte und vertiefte

Kontakte Vertrauen aufbauen können. Wir brauchen solche Kontakte nicht zu fürchten, sondern müssen sie fortsetzen.

- d) Es braucht Jahre, bis eine auf Angriff konzipierte Armee in eine reine Verteidigungstreitmacht umstrukturiert ist. Man weiss, dass eine gute Verteidigung immer auch offensive Elemente enthält. Deshalb kann man unendlich lang darüber streiten, was Verteidigung eigentlich alles beinhalten darf.

Ich habe den Eindruck gewonnen, dass die Sowjetunion wirklich gewillt ist, auch einseitig Soldaten und Waffen abzubauen. Ob das eine eigentliche Abrüstung oder eine Rationalisierung nach den Methoden der Gemeinkostenwertanalyse darstellt, sei dahingestellt. Die Invasionsfähigkeit wird die Rote Armee dadurch vorläufig kaum verlieren.

Aus allen diesen Ueberlegungen ergibt sich, dass angesichts der Waffen und Mannschaftspotentiale in Mitteleuropa von einer Abschaffung unserer Armee niemals die Rede sein darf!

### 2.3 Notwehr ist legitim!

Unsere Armee ist eine reine Verteidigungsarmee. Während bei den Abrüstungsverhandlungen erst Armeen angestrebt werden, welche die Fähigkeit zu grossräumigen Offensivoperationen nicht

mehr haben, ist bei uns die konsequente strukturelle Nichtangriffsfähigkeit längst realisiert. Wer behauptet, die Schweiz müsse nun bei der europäischen Abrüstungshektik mitmachen oder gar Vorleistungen erbringen, verschweigt oder unterschlägt, dass wir mit unserer rein defensiv strukturierten Armee bereits einer Zielvorstellung entsprechen, die von den Grossmächten mit ihrem auf weltweiten Einsatz ausgerichteten Potential vermutlich kaum je erreicht werden wird. Wir bedrohen niemanden - was übrigens auch meine sowjetischen Gesprächspartner in Moskau anerkannt haben - und unsere Armee würde nur in Notwehr eingesetzt. So nützt denn auch die Abschaffung dieser Armee niemandem. Auch moralisch ist die Erhaltung einer solchen Armee absolut legitim.

Das einfältigste Argument habe ich unlängst gehört. Die Vorgänge in China, so wurde behauptet, würden die Notwendigkeit der Abschaffung der Armee augenfällig zeigen. Nur so sei zu verhindern, dass die Armee gegen das eigene Volk eingesetzt werden könne.

Wenn es eine Armee gibt, die mit dem Volk völlig verwoben ist, dann ist es die schweizerische. Solange wir die allgemeine Wehrpflicht und das Milizsystem haben, kann sich weder Militarismus noch eine militärische Kaste bilden, welche das eigene Volk im entferntesten gefährden würde. Unser System gibt dem Volk - wie diese Initiative beweist - sogar die Kompetenz, darüber zu entscheiden, ob es diese Armee überhaupt behalten will oder nicht.

2.4 Ein Machtvakuum würde im Spannungsfall die Existenz der Schweiz gefährden.

Die Schweiz ist ein kleiner, aber strategisch wichtiger Schlüsselraum in Europa. Sie trennt zusammen mit Oesterreich die Nord- und die Südflanke der NATO, und zugleich ist sie das östliche strategische Vorfeld von Frankreich. Das bedeutet - positiv ausgedrückt -, dass eine starke Verteidigung der Schweiz im Interesse beider Blöcke liegen muss, und zwar aus den folgenden drei Gründen:

1. Die NATO ist daran interessiert, dass der neutrale Korridor von Osten her nicht für Angriffe in die Weichteile der NATO gebraucht werden kann.
2. Die Sowjetunion ist daran interessiert, dass Truppen- oder Flugzeugbewegungen zwischen den beiden NATO-Flanken nicht direkt durch oder über die Schweiz gehen können.
3. Frankreich ist an einer starken Verteidigung dieses Vorfeldes interessiert, damit es nicht selber dieses Vorfeld mit seinen Waffen verteidigen oder unbegehrbar machen muss.

Die starke Verteidigung dieses Raumes trägt deshalb zur Stabilität Mitteleuropas bei. Deshalb haben wir uns

völkerrechtlich verpflichtet, unsere Neutralität mit Waffen zu sichern. Glaubwürdig ist aber diese Verteidigung nur, wenn die Schweiz über eine genügende quantitative und qualitative strategische Dichte an Waffen und Soldaten pro Flächeneinheit verfügt. Unsere Verteidigung ist ein wichtiger Beitrag zur Stabilität Europas.

Diese Betrachtungen zeigen aber auch, was passiert, wenn wir die Schweiz nicht verteidigen. Im Spannungsfall würden wahrscheinlich die NATO oder Frankreich die Verteidigung übernehmen müssen, um zu verhindern, dass unser Raum vom andern Block genutzt würde. Im Klartext, und dessen müssen wir uns bewusst sein, heisst dies Besetzung oder Zerstörung zur Unbegehbarmachung. Sie sehen also, dass es gar nicht von vornherein so eindeutig sein muss, woher ein allfälliger Feind käme. Nur eine stark verteidigte Schweiz bleibt für die Grossmächte strategisch berechenbar und hat damit die Chance, zu überleben und bei einem allfälligen Konflikt verschont zu werden.

Es ist im übrigen eine alte historische Erkenntnis, dass geographische Räume mit einem Machtvakuum andere Mächte anziehen. Es besteht für mich kein Zweifel, dass dies auch im zweiten Weltkrieg so gewesen wäre, wenn wir keine Armee gehabt hätten.

In letzter Zeit versuchen uns Armeegegner weis zu machen, es habe nichts mit unserer Armee zu tun gehabt, wenn wir im zweiten Weltkrieg verschont geblieben seien. Diese Behauptung ist nicht haltbar. Neben der militärischen hat sicherlich auch die wirtschaftliche, politische und diplomatische Landesverteidigung eine massgebliche Rolle gespielt. Diese Art der Landesverteidigung wäre indessen ohne die militärische nicht möglich gewesen. Für den grossen Nachbarn Deutschland blieb die Schweiz trotz seiner Uebermacht ein Staat, über den er nicht einfach verfügen konnte, wenn er etwas von ihm haben wollte. Er musste verhandeln. Es besteht kein Zweifel, dass eine Schweiz ohne Armee damals besetzt, ausgebeutet und geknechtet worden wäre. Die Schweiz wäre unweigerlich auch zum Streitobjekt fremder Heere geworden. Diese historische Wahrheit dürfen wir uns nicht von jenen zu decken lassen, die uns glauben machen wollen, die Schweiz hätte damals vornehmlich aus Kriegsgewinnern und Anpassern bestanden. Diese gab es, daran ist nicht zu zweifeln, und es gab wie in jedem anderen Lande auch andere unerfreuliche Erscheinungen. Entscheidend war das alles aber nicht. Man könnte es so sagen: Die Armee war eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung dafür, dass wir verschont wurden.

## 2.5 Die Armee leistet einen Beitrag zum Frieden!

Wir wollen mit unserer Sicherheitspolitik aber auch einen Beitrag zur Verbesserung der Sicherheit dieser Welt leisten. Es geht dabei um ein überaus interessantes Mosaik von Massnahmen in den verschiedensten Bereichen. Wir wissen von Auslandskontakten, dass die Dynamisierung dieser Tätigkeit unserem Image im Ausland gut getan hat. Es wird gewürdigt, dass die Schweiz sich nicht nur wirtschaftlich mit der übrigen Welt verbinden will, sondern dass sie auch bereit ist, solidarisch mitzuhelfen, einen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben der Völker zu leisten.

Ich möchte einige dieser Aktivitäten aufzählen:

- Die Schweiz nimmt an verschiedenen internationalen Konferenzen teil, die sich mit vertrauensbildenden Massnahmen, mit der Abschaffung der chemischen Waffen, mit Menschenrechten usw. befassen. Zusammen mit den andern Neutralen spielt unser Land, z.B. an der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) eine Rolle als Vermittler von Kompromisslösungen, die zum Erfolg der Verhandlungen beitragen.

- Der Presse konnten Sie entnehmen, dass die Schweiz mit einer Truppe von Freiwilligen die medizinische Versorgung der UNO-Beobachter in Namibia sicherstellen will. Es handelt sich um eine Gemeinschaftsaktion des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten und des Militärdepartementes. Das EMD ist für die operative Durchführung verantwortlich. Wir beschreiten mit dieser Aktion Neuland. Sie steht unter einem doppelten Erfolgsdruck: einerseits wollen wir der UNO beweisen, dass wir in der Lage sind, eine tadellose Leistung zu erbringen. Das ist bis jetzt gelungen. Andererseits wollen wir dem Schweizerbürger beweisen, dass dieser Einsatz sinnvoll ist.
  
- Der Bundesrat hat den Grundsatzentscheid für den Einsatz schweizerischer Militärbeobachter bei friedenserhaltenden Aktionen getroffen. Offiziere, die sich freiwillig melden, werden in der Schweiz und in Finnland ausgebildet. Sie können an der UNO für Missionen wie die Ueberwachung von Waffenstillstandsvereinbarungen zur Verfügung gestellt werden. Wir schliessen damit an eine schweizerische Tradition an, die vor bald 30 Jahren in Korea begonnen hat.

- Seit einiger Zeit bilden wir auf internationaler Basis Sicherheitsexperten aus; es sind dies Spezialisten, an denen es mangelt und die es braucht, wenn Fortschritte auf diesem Gebiete erzielt werden sollen.

Ich habe vor, diesen Bereich der Sicherheitspolitik zu fördern.

Diese Beiträge kann im übrigen nur ein Land mit militärisch geschulten Leuten und mit einer leistungsfähigen Armee im Hintergrund glaubwürdig leisten. Das zeigt uns die bisherige Erfahrung eindeutig.

#### 2.6 Die Armee ist ein wichtiger Integrationsfaktor in unserem Land!

Die Schweiz besteht aus lauter Minderheiten, die auf 4 Sprachregionen verteilt sind. Der Militärdienst führt Bürger und Bürgerinnen aus allen Regionen und Schichten zusammen. Leute verschiedenster sozialer Herkunft lernen sich dort kennen und schätzen, und sie finden im Gespräch und in gemeinsamem Tun zueinander. Ich bin überzeugt, dass wir es nicht zuletzt der Armee zu verdanken haben, wenn unser Land von sozialen Spannungen weniger betroffen wurde als andere Länder.

## 2.7 Wirtschaftliche Folgen

Auch die wirtschaftlichen Folgen einer Abschaffung der Armee wären erheblich. Allein beim EMD würden kurzfristig über 20'000 Arbeitsplätze verlorengehen. Armeeaufträge bei über 6'000 Industrie-, Gewerbe- und Handelsunternehmen würden wegfallen. Man darf nicht übersehen, dass in den letzten Jahren 80 % unserer Rüstungsausgaben direkt oder indirekt in der Schweiz blieben. Von 1980-1988 wurden der Schweizer Wirtschaft so nicht weniger als 13 Mia Franken zugeführt.

## 3. Auf welchem politischen Boden kann eine solche Initiative überhaupt wachsen?

Zu den Motiven der Initianten möchte ich mich nicht äussern. Dort sind wohl radikale Pazifisten ebenso zu finden wie solche, welche von unserem Staat nicht gerade viel halten und ihm gerne eins auswischen möchten. Von den vielen Sympathisanten der Initiative haben wahrscheinlich die wenigsten extremistische Motive. Bei jedem mögen andere Gründe für seine Haltung massgeblich sein. Das abnehmende Bedrohungsgefühl habe ich schon erwähnt. Wir dürfen auch nicht übersehen, dass der sogenannte Gemeinsinn in unserem Lande eher im Abnehmen begriffen ist. Viele Bürger nehmen zwar die Segnungen dieses Staates als Selbstverständlichkeit hin, sind aber wenig bereit, dem gleichen Staat Opfer zu bringen. Andere glauben, angesichts der atomaren Bedrohung nütze unsere Armee ohnehin nichts. Sie verkennen, dass gerade der atomare

Grosskonflikt immer unwahrscheinlicher geworden ist. Man hat auch den Eindruck, dass bei vielen Menschen das Geschichtsbewusstsein abgenommen hat. Politische Entscheide werden mehr und mehr emotional getroffen, oft aufgrund rein persönlicher Vorlieben und Abneigungen. Emotionale Entscheide beruhen aber meist auf einer Lagebeurteilung, die sich auf den Moment, auf die unmittelbar geltenden Umstände beschränkt. So genügt denn für viele das Fehlen einer unmittelbaren Kriegsgefahr, um die Armee als entbehrlich zu betrachten. Bei andern genügt vielleicht ein Aerger über den Korporal oder über einen Entscheid des EMD, um gegen die Armee zu sein.

Der sogenannte Wehrwille hängt aber auch mit dem Grad der Identifikation mit diesem Staat zusammen. Im zweiten Weltkrieg ging es nicht nur um die Verteidigung des heimatlichen Lebensraumes, sondern auch um die Verteidigung einer demokratischen Gesellschaftsordnung gegenüber einer menschenverachtenden Diktatur. In den letzten 40 Jahren haben wir uns nun an unsere Demokratie, unsere Freiheit und unseren Wohlstand so gewöhnt, dass das alles fast selbstverständlich geworden ist. Die Einsicht, dass solche Werte immer wieder neu verteidigt und erkämpft werden müssen, ist da und dort verlorengegangen. Es gibt Menschen, die glauben, sie könnten sich angesichts unseres anscheinend gesicherten Wohlstandes jeden politischen Schabernack leisten.

Im übrigen ist es nicht das erste Mal, dass unser Land eine eher armeekritische Phase durchläuft. Nach dem ersten Weltkrieg war die Stimmung gegenüber der Armee wohl noch weit schlechter als jetzt, wo sie trotz aller Anfechtungen im Grunde noch intakt ist. Starke pazifistische Strömungen zusammen mit ausgesprochenen Spartendenzen im bürgerlichen Lager bewirkten eine sträfliche Pause bei den Wehranstrengungen. Die Militärausgaben gingen auf etwa 1 % des Bruttosozialproduktes zurück, und die Ausschöpfung der personellen Wehrkraft wurde künstlich gedrosselt. Die Tauglichkeitsziffer erreichte mit 55 % einen Tiefpunkt. Der moralische Kurswert der Armee sank, Offiziere wurden öffentlich beschimpft und Weiterausbildung war nicht mehr gefragt. Organisation und Bewaffnung blieben im wesentlichen auf dem Stand von 1914.

Bei der Machtübernahme von Hitler verflog der Traum einer friedlichen Welt sehr rasch, und das Erwachen war auch für die Schweiz sehr hart. Es zeigte sich - auch dies eine historische Erfahrung! -, dass sich Versäumtes nicht in kurzer Zeit nachholen lässt. Trotz forcierter Ausrüstung war die Armee zur Zeit der Mobilisation alles andere als optimal auf eine mögliche Auseinandersetzung vorbereitet.

Gestatten Sie mir noch einige Bemerkungen zum Abstimmungskampf!

Die Armee selber kann und darf ihn nicht führen. Es muss Angelegenheit der Bürgerinnen und Bürger, der Parteien und unseres ganzen Volkes bleiben, sich im Abstimmungskampf zu engagieren. Unsere Milizarmee macht ja auch nur dann Sinn, wenn und solange sie von unserem Volk getragen wird. Ich weiss, dass viele von Ihnen diese Initiative als Provokation empfinden, was sie ja auch in gewisser Weise ist. Wir alle begreifen im Grunde nicht, dass man unserere Armee überhaupt in Frage stellen kann. Trotzdem müssen wir uns fragen, ob die Diskussion über diese Initiative nicht auch eine Chance für uns sei. Sie zwingt uns, unseren Jungen den Sinn der Armee neu zu erläutern und ihnen historische Wahrheiten bewusstmachen. Sie zwingt uns weiter, nicht in vorgefassten Meinungen zu verharren, sondern Bewährtes zu überdenken und zu aktualisieren. Dies könnte sogar unser Verhältnis zur Armee positiv erneuern. Dies kann nicht schaden. Wir dürfen auch das Gespräch - zumindest mit den gutwilligen Kritikern unserer Armee - nicht durch einen Rückzug in ein geistiges Réduit verweigern. Ich hoffe nur, dass über diese Initiative eine gute und offene Diskussion entsteht, die keine Wunden hinterlässt und die auch nicht gutwillige, aber kritische Kräfte in die falsche Ecke abdrängt.

Das Ziel muss aber ganz klar eine wuchtige Verwerfung durch das Volk sein. Gegenüber dem Ausland ist es wichtig, dass wir ein

deutliches Signal des Selbstbehauptungswillens setzen. Wir wissen, dass viele ausländische Generalstäbe bei der Beurteilung einer Armee den Wehrwillen an die Spitze stellen. Dieser Wehrwille ist ein Hauptelement der Dissuasionsfähigkeit unserer Armee. Eine nur schwache Ablehnung dieser Initiative wäre gegen aussen ein katastrophales Signal. Das müssen sich all jene merken, die im Glauben, die Initiative werde ja sowieso abgelehnt, mit einem Ja der Armee und ihren Exponenten einen Denkkzettel verpassen wollen.

#### 4. Zur politischen Lage

Gestatten Sie mir nun noch einige grundsätzliche Gedanken zur aktuellen Politik! In letzter Zeit hat man den Eindruck, das Wahl- und Stimmverhalten vieler Bürger habe sich verändert. Die Bindung an die historischen Parteien lockert sich, und manche Bürger sind politisch auflüpfischer und risikofreudiger geworden. Politische Beobachter diagnostizieren einen eigentlichen Wertewandel und empfinden unsere Zeit als eine Zeit des Umbruchs.

Daran mag etwas Wahres sein. Solche Entwicklungen müssen eine staatstragende Partei wie die unsere beschäftigen. Es muss uns aber auch gestattet sein, solche modische politische Bewegung kritisch zu hinterfragen.

Ich habe oben darauf hingewiesen, dass mehr und mehr politische Entscheide emotional und aufgrund rein persönlicher Vorlieben und Abneigungen getroffen werden. Solche Entscheide beruhen meist auf einer Lagebeurteilung, die sich auf den Moment und auf die unmittelbar geltenden Umstände beschränkt. Egoistische Partikularinteressen stehen im Vordergrund. Es ist leicht zu erkennen, dass diese Art des Politisierens grosse Gefahren beinhaltet. Wo vordergründige Betroffenheit die langfristige Sicht auf das Ganze verdeckt, fehlen die Leitlinien für ein politisches Handeln, das sich auf Dauer und nicht nur im Augenblick zu bewähren hat. Daraus ergibt sich ein politischer Zick-Zack-Kurs, der in die Irre führt.

Es ist evident, dass solche emotionale Betroffenheit und Dominanz von Partikularinteressen die sogenannten Einthemenparteien begünstigen. So haben denn auch Autopartei und Grüne Konjunktur. Emotionale Betroffenheit indessen polarisiert, und sie erschwert den Konsens. Ohne einen minimalen Konsens aber und ohne Bereitschaft, auf die kompromisslose Durchsetzung des eigenen Standpunktes notfalls zu verzichten, lässt sich ein aus lauter Minderheiten zusammengesetztes Land wie die Schweiz auf Dauer nicht regieren.

Ich will nicht verhehlen, dass Ansätze zu einem solchen kurzfristigen Betroffenheitsdenken auch in den grossen Volksparteien zu finden sind. Wenn gar die Delegierten einer Regierungspartei besonnene Stimmen jener, die Regierungsverantwortung tragen, ignorieren und sich in einer Eventualabstimmung mit einer Mehrheit von über zwei Dritteln für die Abschaffung der Armee aussprechen, erfüllt mich das mit grosser Besorgnis. So leichtfertig darf man eine Frage von existentieller Bedeutung für unser Land nicht abtun.

Unsere Partei hat in verschiedenen Wahlen der jüngsten Zeit Federn lassen müssen. Das hat in unseren Reihen zu einer gewissen Verunsicherung geführt. Jene, die uns vorher die langjährige Erfolgsperiode schon immer missgönnt haben, reiben genüsslich Salz in unsere Wunden und werfen uns vor, wir hätten auf die neuen Fragen kaum Antworten anzubieten, wir seien politisch verbraucht und im übrigen zu sehr von der Wirtschaft abhängig.

Ich will die erwähnten Wahlresultate nicht beschönigen. Immerhin sei mir der Hinweis gestattet, dass die Freisinnigen trotz Verlusten nach wie vor eine massgebliche politische Kraft in allen Kantonen, in einigen sogar die stärkste Kraft sind. Wir haben Wähler verloren, aber noch weit mehr Wähler konnten wir behalten.

Ich will jetzt nicht auf Fehler eingehen, die auch uns in den letzten Jahren unterlaufen sind. Ich habe darüber schon verschiedentlich gesprochen. Wir müssen uns jetzt vor allem darauf besinnen, dass unsere liberalen Grundsätze, unsere Leitideen und Wertvorstellungen nach wie vor richtig und aktuell sind. Wir brauchen keine Programme umzuschreiben, wir müssen bloss den Mut haben, sie nach wie vor und unbeirrt in die politische Diskussion einzubringen. Wir müssen den Mut haben, Grundsätze, Leitideen und Wertvorstellungen auch intern immer wieder offen zu diskutieren, durchaus auch kontrovers, sie dann aber auch unbeirrt in die Politik einzubringen.

Vielleicht sollten wir unsere Haltung zu brennenden Sachfragen wie Umweltschutz, Bodenpolitik oder Sozialpolitik klarer und offensiver darstellen. Dabei dürfen wir nicht, nur weil unsere Wirtschaft derzeit dank einer langfristig recht liberalen Wirtschaftspolitik gut läuft, unsere wirtschaftspolitische Kompetenz plötzlich verstecken. Sie wird im Hinblick auf die existentiellen Herausforderungen von Europa 92 nötig sein. Wir sollten auch da und dort noch vorhandene politische Ueberheblichkeit aus den Erfolgsjahren ablegen und bescheiden das tun wollen, was Aufgabe einer politischen Kraft ist: der Gemeinschaft dienen. Und wir wollen nicht immer gleich in Kriegsgeschrei ausbrechen, wenn irgendwo in unseren eigenen Reihen eine innovative Idee auftaucht.

Dabei dürfen wir uns von Verlusten an grüne oder motorisierte Fundamentalisten nicht verunsichern lassen. Ein tagespolitisch-opportunistisches Anbieten nach links oder rechts oder in Richtung Grün oder Auto wäre völlig verfehlt. Damit würden wir Vertrauen verspielen und nicht gewinnen. Haben wir den Mut, nach wie vor zu dem zu stehen, was wir für richtig halten! Stehen wir zum Leitbild des mündigen Bürgers, der in Freiheit Kreativität entwickelt und der seine Freiheit verantwortlich nutzt, stehen wir aber auch zu einem starken, leistungsfähigen, aber liberalen, menschlichen und demokratischen Staat, der auch Minderheiten grosse Freiräume belässt! Wir müssen die liberale Flagge zeigen, nach wie vor und jetzt erst recht!

SPERRFRIST: 21.10.1989  
12.00 UHR

---

AUSSERORDENTLICHE DELEGIERTENVERSAMMLUNG DER FDP DER SCHWEIZ

ANSPRACHE VON BUNDESRAT KASPAR VILLIGER:

"AKTUELLE DIMENSIONEN DER SCHWEIZERISCHEN SICHERHEITSPOLITIK"

BERN, 21. OKTOBER 1989

---

Was ist Sicherheitspolitik?

Unsere Sicherheitspolitik möchte der Schweiz Frieden in Freiheit sichern. Frieden allein könnte als Ziel nicht genügen. Es geht nicht um Frieden um jeden Preis, weil ein solches Friedensverständnis auch zur Unterwerfung unter rücksichtslose Machthaber führen könnte, die es immer gegeben hat und die es wahrscheinlich auch immer wieder geben wird. Frieden in Freiheit ist deshalb ein viel anspruchsvolleres Ziel, das zu sichern den Völkern bisweilen grösste Opfer abverlangt.

Die Erhaltung von Frieden in Freiheit erfordert, dass machtpolitischen Bedrohungen angemessen begegnet wird. Die Sicherheitspolitik bezieht sich deshalb eben gerade auf diese machtpolitischen Bedrohungen.

Worauf lässt sich Frieden in Freiheit gründen?

Hier ist zunächst festzuhalten, dass Waffen nie Ursache, sondern Folge von Spannungen und Konflikten sind. Eine gute Sicherheitspolitik befasst sich deshalb auch mit Ursachentherapie. Sie versucht, Konflikte beizulegen oder erst gar nicht entstehen zu lassen. Weil Konflikte kaum je völlig vermeidbar sein werden, muss sich die Sicherheitspolitik der Frage widmen, wie Konflikte gewaltfrei ausgetragen werden können. Mit dieser Thematik befassen sich die Aussenpolitik und die sogenannten ausgreifenden Massnahmen der Sicherheitspolitik. Weil sich indessen Konflikte erfahrungsgemäss auch mit Gewalt entladen können, werden Armeen immer das Rückgrat der Sicherheitspolitik bilden. Man bezeichnet das im Gegensatz zur ausgreifenden als die bewahrende Komponente der Sicherheitspolitik

#### Das sicherheitspolitische Umfeld

Während der Periode des sogenannten kalten Krieges waren die sicherheitspolitischen Verhältnisse relativ einfach. Es gab klare Fronten in Europa, wohl auch klare Feindbilder, die Blöcke hielten sich gegenseitig im Schach und es herrschte paradoxerweise eine ausgeprägte Stabilität und Berechenbarkeit. Man lebte entweder im freien Teil Europas, oder man hatte sich Diktatur und Ausbeutung zu beugen, je nachdem, auf welcher Seite des Eisernen Vorhanges man sich befand. Frieden hatten alle Europäer, nicht aber Freiheit. Das alles ist nun plötzlich in dramatischer Veränderung begriffen. Was bedeutet das für unsere Sicherheit?

Was in Osteuropa vor sich geht, ist ausserordentlich. Menschen lehnen sich auf, fordern mutig Freiheit und Demokratie, nehmen grosse persönliche Risiken auf sich, um für diese Freiheit zu kämpfen. Wo sie keine Chance des Fortschrittes sehen, laufen sie zu Tausenden davon. Zum einen ist dies die Bankrotterklärung einer politischen und wirtschaftlichen Ideologie, die jahrelang vorgab, der Welt das Heil zu bringen. Zum andern zeigt es, dass auch eine generationenlange Unterdrückung in den Menschen den Wunsch nach Freiheit und politischer Mitbestimmung nicht abzutöten vermag. Es wäre wahrscheinlich schwierig, diese breite Bewegung mit Gewalt zu unterdrücken, weil die elektronische und weltweite Kommunikation die Lüge stets entlarvt und den Virus der Freiheit ständig verbreitet und am Leben erhält.

Die Chancen, dass auch in Osteuropa echte Demokratien und Marktwirtschaften entstehen, sind derzeit grösser als je zuvor. Diese Entwicklung ist zu begrüessen, weil nur Menschenrechte, Selbstbestimmung der Völker, Demokratie und ein gewisser Wohlstand (der wiederum nur durch Marktwirtschaft zu schaffen ist) Konflikte auf Dauer abzubauen vermögen. Trotzdem beschleicht einen ob des atemraubenden Tempos der Entwicklung eine gewisse Beklemmung. Zeiten solch rasanten Umbruchs sind auch Zeiten besonderer Risiken.

Der Wandel sowohl in der Sowjetunion als auch in Osteuropa ist tiefgreifend, aber niemand kann heute sagen, wohin er führen wird. Die Veränderungen in den verschiedenen Ländern und Regionen beeinflussen sich gegenseitig stark, laufen aber nicht koordiniert ab. Das ergibt einen Regelkreis, der zu hochgradiger Instabilität neigt. Es erheben sich viele Fragen, die derzeit kaum beantwortet werden können. Gibt es beispielsweise eine Toleranzschwelle bei der Freiheit und Autonomie der nichtsowjetischen Völker des Warschauer Paktes, bei deren Ueberschreitung mit Eingriffen von aussen zu rechnen ist? Können die Nationalitätenprobleme in der Sowjetunion unter Kontrolle gehalten werden? Wie wirkt sich die trotz Perestrojka nach wie vor desolante wirtschaftliche Lage aus? Ist bei anhaltender Erfolglosigkeit der Wirtschaftspolitik mit Machtwechseln zu rechnen? Wie kann die drohende Versorgungskrise des kommenden Winters gemeistert werden? Wie resistent sind Demokratieansätze in osteuropäischen Ländern, wenn nicht rasch wirtschaftliche Erfolge absehbar werden?

Der europäische Osten und die Sowjetunion sehen sich einer eigentlichen Verbundkrise gegenüber, und niemand kann sagen, ob der Wandel plötzlich blockiert werden wird, ob er geordnet ablaufen kann oder ob er sich gar chaotisch-explosiv entwickeln wird.

Man könnte sagen, dass nicht nur die Chancen, sondern auch die Risiken beträchtlich sind. Rückschläge sind ebenso denkbar wie Fortschritte. Man denke nur an die jüngste Entwicklung in China.

Es wäre kein kluges und rationales Verhalten, sich in Zeiten solcher Instabilität zu entwaffnen. Aber es ist klug, den beschriebenen Wandel konstruktiv zu unterstützen, und zwar auf eine Weise, die einen geordneten Ablauf begünstigt. Besonnenheit ist am Platz.

Auch die Entwicklung in Westeuropa kann für uns sicherheitspolitische Konsequenzen haben. Die historischen Feindschaften zwischen den grossen Völkern Mittel- und Westeuropas gehören zum Glück der Geschichte an, und die wirtschaftliche und politische Integration wird gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen diesen Völkern in Zukunft wohl verhindern. Sollte die Schweiz je einen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft erwägen, müsste sie wohl auch ihre Sicherheitspolitik und vor allem die Frage ihrer Neutralität überprüfen, dies auch im Falle eines Beitritts mit Neutralitätsvorbehalt, falls ein solcher überhaupt möglich sein sollte. In einen engen wirtschaftlichen und in Zukunft wahrscheinlich auch politischen Verbund integriert sein und im Krisenfall die solidarische Teilnahme an der Verteidigung dieses Verbundes ablehnen, schiene mir persönlich ein undenkbares, jedenfalls wenig glaubwürdiges Verhalten. Ebenso undenkbar wäre es, keine Armee zu haben und die Verteidigung andern zu überlassen. Ein EG-Beitritt würde uns somit sicher

dazu zwingen, unser heutiges Neutralitätsverständnis zu ändern, ja wahrscheinlich sogar, wenn wir glaubwürdig bleiben wollen, die Neutralität aufzugeben. Als Nichtmitglied der Europäischen Gemeinschaft indessen hat meines Erachtens die bewaffnete Neutralität nach wie vor ihren Sinn. Ich werde dies bei den Ueberlegungen zum Beitrag der Schweiz an die Stabilität Europas aufzuzeigen versuchen.

Wer die zukünftigen sicherheitspolitischen Risiken beurteilen will, muss aber den Blick auch über Europa hinaus richten. Neben positiven sind weltweit leider auch sehr bedenkliche Entwicklungen feststellbar. Es sind wirtschaftliche, soziale und religiöse Spannungsherde von hoher Intensität zu diagnostizieren. In vielen Ländern der Dritten Welt werden nicht nur Waffen in grossem Umfang gekauft, sondern zunehmend auch entwickelt und produziert, darunter möglicherweise auch Massenvernichtungswaffen und chemische Waffen. Keiner weiss, wie sich dieses Krisenpotential entwickeln wird, ob es zu weltweiten Krisen führt oder ob es gelingen wird, es zu entschärfen. Auch diese Perspektiven lassen es als ratsam erscheinen, eine Armee als Instrument der Selbstbehauptung zu erhalten.

Ich habe vorher darauf hingewiesen, dass Waffen Folge und nicht Ursache von Spannungen sind. Aus diesem Grund hat die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) drei sogenannte Körbe, neben dem bekannten Abrüstungskorb auch einen menschenrechtlichen

und einen wirtschaftlichen. Lassen Sie mich zur Rüstungskontrolle einige Bemerkungen machen!

Die Motive für den Willen zur Abrüstung sind vielfältig. Sicher hat das Wettrüsten zu unsinnigen Belastungen der Wirtschaften der Supermächte geführt. Wenn der Osten seine Verbundkrise lösen will, muss er Ressourcen aus dem militärischen Bereich in andere wirtschaftliche Kanäle leiten. Der Wille zur Abrüstung ist hüben und drüben wohl ehrlich. Da aber keiner der Blöcke seine eigene Sicherheit gefährden will, ist der Abrüstungsprozess schwierig. Viel Misstrauen ist zu überwinden, und deshalb sind die vertrauensbildenden Massnahmen so wichtig.

Es wird derzeit so viel über Abrüstung gesprochen, dass viele Mitbürger der irrigen Meinung sind, es sei auch schon viel abgerüstet worden. Dem ist leider nicht so. Einzig mit dem Vertrag über die Vernichtung nuklearer Raketen kürzerer und mittlerer Reichweite (INF-Vertrag) ist ein erstes echtes Abrüstungsabkommen in Kraft getreten. Es baut lediglich etwa 4% der nuklearen Mittel ab, hat aber wegweisenden Charakter, indem erstmals derjenige mehr Waffen verschrotten muss, der über mehr Waffen verfügt, und indem neue Wege der Abrüstungskontrolle begangen werden. Im übrigen wurde bisher aber trotz Abrüstungsrhetorik nach wie vor aufgerüstet und nicht abgerüstet. Das für seine Objektivität bekannte Londoner

Institut für strategische Forschung hat klar belegt, dass es verfrüht ist, von einer Verlangsamung des Wettrüstens zu sprechen.

Wir hoffen allerdings, dass der Rhetorik nun die Taten folgen werden. Die Chancen dafür sind intakt. Das Ziel der Rüstungskontrolle ist einerseits ein stabiles und ausgewogenes Gleichgewicht auf signifikant tieferem Niveau und andererseits eine weniger auf Angriff ausgerichtete Struktur der Heere.

Nehmen wir einmal an, diese Ziele würden erreicht. Was würde das für die Sicherheit Europas und für unsere Armee bedeuten?

Ein unbestreitbarer Vorteil bestünde darin, dass Offensivoperationen aus dem Stand schwieriger würden. Damit würden die Vorwarnzeiten länger. Das liegt durchaus im Interesse der Schweiz, die ohne stehendes Heer die Bereitschaftszeiten nicht beliebig verkürzen kann. Dieser Effekt steigert die Sicherheit Europas. Wir haben deshalb ein Interesse, die Abrüstungsbestrebungen zu unterstützen. Zudem würde unsere eigene Verteidigungskraft relativ stärker, was angesichts der uns gesetzten finanziellen Grenzen im Rüstungssektor zu begrüßen wäre.

Im übrigen aber dürfen die Vorteile der Abrüstung nicht überschätzt werden. Auch die Sicherheitssysteme der Zukunft werden auf Armeen beruhen. Deshalb wird auch künftig die Abschaffung unserer Armee kein Thema sein können.

Kriege sind bei jedem Rüstungsniveau möglich. Ein guter General kann mit jedem Heer, von welcher Struktur auch immer, Angriffe planen und durchführen. Unsere Vorfahren taten es mit Hallebar-den. Nachdem langsam die Konturen möglicher Abrüstungsverträge sichtbar werden, lässt sich feststellen, dass in Mitteleuropa auch nach einem allfälligen Abkommen weit mehr konventionelle Zerstörungskraft verbleiben wird, als beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges vorhanden war, ganz abgesehen vom Nuklearpotential. Es ist auch völlig klar, dass diese Restpotentiale ständig modernisiert würden. Abrüstung alleine löst die Sicherheitsprobleme deshalb nicht.

Oft wird bezweifelt, ob im Nuklearzeitalter eine konventionelle Armee noch einen Sinn habe. Zunächst ist festzustellen, dass seit Hiroshima und Nagasaki weltweit ungefähr 150 konventionelle Kriege gezählt wurden. Alle Länder, auch die Atom-mächte, unterhalten konventionelle Heere. Jeder weiss, dass ein strategischer Nuklearkrieg keine Sieger hinterlässt. Deshalb ist die Schwelle zum Nuklearkrieg hoch, so hoch, dass konventionelle Kriege wieder möglich geworden sind.

Ein weiteres Faktum ist zu bedenken. Armeen können politischen Druck ausüben, ohne dass ein Krieg geführt wird. Wer wehrlos ist, wird erpressbar. Wer sich aber wehren könnte, kann selbstbewusster auftreten, auch auf diplomatischer Ebene.

Zusammenfassend können wir feststellen, dass wir eine Phase ausgeprägter Chancen durchleben. Das ist erfreulich. Wir durchleben aber auch eine Phase der Ungewissheit und der möglichen Destabilisierung. Armeen werden auch in Zukunft das Rückgrat der Sicherheitspolitik aller Länder bleiben. Diese Fakten haben wir für unsere Sicherheitspolitik zu bedenken.

Die bewahrende Komponente der schweizerischen Sicherheitspolitik

Unsere Gesamtverteidigungsanstrengungen zielen darauf ab, einen allfälligen Gegner davon abzuhalten, unser Land anzugreifen. Er soll durch glaubwürdige Verteidigungsbereitschaft dazu gebracht werden, auf einen Angriff zu verzichten. Der Angriff soll für ihn nicht lohnend erscheinen. Wir bezeichnen diese Strategie als "Dissuasion".

Unsere Landesverteidigung hat auch eine Bedeutung für die Stabilität Europas. Eine schwach verteidigte Schweiz würde für die Blöcke ein Sicherheitsrisiko bedeuten. Jeder Block müsste im Spannungsfall befürchten, sein Gegner könnte den unverteidigten Raum für Angriffsoperationen, Truppen- oder Flugzeugbewegungen und dergleichen missbrauchen. Diese Furcht könnte dazu führen, dass im erwähnten Spannungsfall einer der Blöcke die Verteidigung unseres Territoriums übernehmen würde mit für uns verheerenden Folgen.

Dieses Problem beschäftigt unsere Nachbarn. Bohrende Fragen von Ministern nach der Qualität unserer Luftverteidigung und Radarüberwachung, nach unserer Reaktionszeit bei der Mobilmachung und nach der ständigen Bereitschaft unserer Verteidigung haben mir das sehr deutlich gezeigt. Wenn wir unseren Raum indessen selber glaubwürdig verteidigen, ist die Wahrscheinlichkeit, dass Konflikte ausgerechnet auf unserem Territorium ausgetragen würden, sehr klein. Wir müssen immerhin berücksichtigen, dass wir derzeit für niemanden ein strategisches Ziel erster Ordnung wären. Unsere bewaffnete Neutralität hat also nach wie vor ihren Sinn. Sie wird aber nur dann ernst genommen, wenn unsere Verteidigungsfähigkeit stark bleibt und wenn wir in der Lage sind, auch modernsten Angriffssystemen entgegenzutreten.

Unsere heutige Armee ist dieser Aufgabe gewachsen. Eine modern ausgerüstete Infanterie im Verbund mit einem starken Gelände mit vorbereiteten Zerstörungen und Verminungen, dies gepaart mit modernen mechanisierten Mitteln und einer starken Panzerabwehr, würde einen terrestrischen Angreifer vor sehr schwierige Probleme stellen. Eine geeignete Mischung von Fliegerabwehr und Flugwaffe kann zudem unsere Lufthoheit sichern, allerdings nur dann, wenn deren Technologie den Angriffspotentialen gewachsen ist.

Diese Ueberlegungen zeigen auch, was von einer Partisanenarmee ohne Hochleistungssysteme wie moderne Kampfpanzer oder Kampfflugzeuge zu halten ist, nämlich nichts. Eine Partisanenarmee kann wohl nach einer Besetzung dem Gegner Nadelstiche zufügen, aber sie kann ihn niemals an der Besetzung oder am Durchmarsch unseres Raumes hindern. Sie würde die Aufgabe, einen potentiellen Gegner abzuhalten und damit den Krieg zu verhindern, nicht erfüllen, und sie würde ihren Beitrag an die Stabilität Europas nicht leisten.

Ich habe am Anfang festgestellt, dass sich strategische Grosswetterlagen immer wieder ändern können. Deshalb hat schon Napoleon darauf hingewiesen, dass sich Armeen nach den vorhandenen Potentialen

an Beständen und Rüstung und nicht nach den deklarierten Absichten der Politiker richten müssen. Diese Absichten können nämlich immer wieder ändern, und dann kann nicht in kurzer Frist nachgeholt werden, was vorher versäumt wurde. Wollte man gar eine abgeschaffte Armee wieder einführen, würde dies wohl Jahrzehnte dauern.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf ein interessantes Problem hinweisen, nämlich auf die Beurteilung eines Landes ohne Armee durch das Ausland.

Die Gespräche mit ausländischen Verteidigungsministern haben mir einen Sachverhalt aufgezeigt, den ich vorher unterschätzt hatte. Ein Land ohne Armee wird schlicht und einfach politisch nicht ernst genommen, hat kein politisches Gewicht. Darauf hat beispielsweise Verteidigungsminister Chevènement mehrfach hingewiesen. Man glaubt, ein solches Land habe keinen Selbstbehauptungswillen mehr, keine innere Kraft und keine eigene Identität. Dass die Generalstäbe ausländischer Armeen den Verteidigungswillen und die moralische Kraft eines Volkes ebenso hoch bewerten wie die Waffen, über welche dessen Armee verfügt, ist bekannt. Dass aber das Vorhandensein einer Armee und der Selbstbehauptungswille auch in Friedenszeiten für die Bewertung eines Landes so wichtig sind,

hat mich selber überrascht. So hat denn auch schon die Tatsache, dass in der Schweiz eine Initiative zur Abschaffung der Armee ergriffen wurde, im Ausland zu einer Mischung von Ungläubigkeit, Kopfschütteln und Irritation geführt. Unsere Unterhändler von der diplomatischen und wirtschaftspolitischen Front haben vom gleichen Effekt berichtet und sprechen von einer negativen Beeinflussung des Verhandlungsklimas in völlig unmilitärischen Bereichen. Sicherlich können wir die Scharte, die durch die Initiative entstanden ist, wieder auswetzen, aber nur dann, wenn die Initiative sehr deutlich verworfen wird.

Selbstverständlich muss sich eine Armee ständig den neuen Rahmenbedingungen und Herausforderungen anpassen. Wir wollen diese Aufgabe mit "Armee 95" anpacken.

"Armee 95" wird an zwei Säulen nicht rütteln: an der allgemeinen Wehrpflicht und am Milizprinzip. Beide garantieren, dass Armee und Volk ineinander verwoben, ja sozusagen identisch bleiben. So kann sich keine militärische Kaste bilden, die sich gegen das eigene Volk wendet, und so bleibt die Armee ein wichtiger Integrationsfaktor in dieser aus lauter Minderheiten bestehenden Willensnation.

Die Aufgaben der Kriegsverhinderung und nötigenfalls der Abwehr obliegen übrigens nicht nur der Armee. Andere Bereiche der Gesamtverteidigung, etwa der Zivilschutz oder die koordinierten Dienste, tragen ebenso dazu bei. Dort geht es um das Ueberleben und die Betreuung der Zivilbevölkerung in Notlagen. Diese Dienste stehen unserem Land auch in Friedenszeiten bei Natur- oder andern zivilen Katastrophen zur Verfügung. Ich erinnere Sie etwa an die Hilfe von Armee und Zivilschutz anlässlich der verheerenden Unwetterschäden im Sommer 1987. Im Rahmen von "Armee 95" möchten wir die Fähigkeit der Armee zur Katastrophenhilfe übrigens noch vervollkommen.

Die allgemein friedenssichernde Komponente unserer Sicherheitspolitik

Es geht dabei um ein überaus interessantes und vielfältiges Mosaik von Massnahmen in den verschiedensten Bereichen. Wir wissen von Auslandkontakten, dass die Dynamisierung dieser Tätigkeit unserem Image im Ausland gut getan hat. Es wird gewürdigt, dass die Schweiz sich nicht nur wirtschaftlich mit der übrigen Welt verbinden will, sondern dass sie auch bereit ist, solidarisch mitzuhelfen, einen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben der Völker zu leisten. Es geht aber nicht um Imagepflege, sondern um unseren Beitrag, der wichtig und nötig ist.

Ich möchte einige dieser Aktivitäten aufzählen.

- Die Schweiz nimmt an verschiedenen internationalen Konferenzen teil, die sich mit vertrauensbildenden Massnahmen, mit der Abschaffung der chemischen Waffen, mit Menschenrechten usw. befassen. Zusammen mit den andern Neutralen spielt unser Land, z.B. an der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), eine Rolle als Vermittler von Kompromisslösungen, die zum Erfolg der Verhandlungen beitragen.
  
- Die Schweiz stellt seit anfangs April dieses Jahres mit einer Truppe von Freiwilligen die medizinische Versorgung der UNO-Friedenstruppen in Namibia sicher. Es handelt sich, wie Sie wissen, um eine Gemeinschaftsaktion des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten und des Militärdepartementes. Das EMD ist für die operative Durchführung verantwortlich. Wir haben mit dieser Aktion Neuland beschritten. Die anfänglichen Anlaufschwierigkeiten sind überwunden. Der Abschluss dieser Aktion steht unter einem doppelten Erfolgsdruck: einerseits wollen wir der UNO zeigen, dass wir in der Lage sind, eine tadellose Leistung zu erbringen. Das ist bis jetzt gelungen. Andererseits hoffe ich, dass unsere Bürgerinnen und Bürger einsehen, wie sinnvoll derartige humanitäre Einsätze sind.
  
- Der Bundesrat hat den Grundsatzentscheid für den Einsatz schweizerischer Militärbeobachter bei friedenserhaltenden Aktionen

getroffen. Offiziere, die sich freiwillig melden, werden in der Schweiz und in Finnland ausgebildet. Sie können der UNO für Missionen wie die Ueberwachung von Waffenstillstandsvereinbarungen bereits ab nächstem Jahr zur Verfügung gestellt werden. Wir schliessen damit an eine schweizerische Tradition an, die vor bald 30 Jahren in Korea begonnen hat.

- Seit einiger Zeit bilden wir auf internationaler Basis Sicherheitsexperten aus; es sind dies Spezialisten, an denen es mangelt und die es braucht, wenn Fortschritte im Abrüstungsbereich erzielt werden sollen. Ich habe vor, diesen Bereich der Sicherheitspolitik zu fördern. Allerdings wollen wir uns nicht missionarisch der Welt aufdrängen, sondern gemäss unserer aussenpolitischen Maxime der Disponibilität bereit sein, wenn man uns braucht.

Armeegestützte Friedensaktionen zeigen deutlich die Uebereinstimmung zwischen Friedens- und vorausschauender, zeitgemässer Sicherheitspolitik. Es wäre wünschenswert, wenn armeekritische Mitbürger dies in ihre Ueberlegungen miteinbeziehen würden.

## Schluss

Wenn wir eine Sicherheitspolitik als nötig erachten, so wollen wir damit ein Volk schützen, das eine nationale Identität und einen ausgeprägten Selbstbehauptungswillen hat. Ich muss Ihnen gestehen, dass mich dieser Problemkreis seit einigen Monaten stark beschäftigt. Ich frage mich nämlich, ob der Wille dieses Volkes zum Zusammenhalt, zur Selbstbehauptung im weitesten Sinn, noch völlig intakt sei, ob dieses Volk noch über genügend gemeinsame Ueberzeugungen verfüge, welche zur Erhaltung der Identität unserer Willensnation unabdingbar sind. Oft habe ich den Eindruck, der Wohlstand habe da und dort den Sinn für Werte, auch den Gemeinsinn, geschwächt. Denkbar ist zudem, dass der Blick auf europäische Dimensionen oder die Internationalisierung der Wirtschaft unsere nationalen Werte verblässen lässt und zentrifugalen Kräften Auftrieb gibt.

Man nennt die Schweiz häufig - und zu Recht! - eine Willensnation. Eine solche ist aber definitionsgemäss nur möglich, wenn eben der Wille intakt bleibt. Zum Willen zum Zusammenhalt gehört auch der Wille zur Selbstbehauptung, und damit auch dessen wichtigstes Instrument, die Armee.

Wenn ich mir so überlege, welche Elemente unseres Staatswesens auch in der modernen Zeit diesen Willen rechtfertigen, so werde ich eigentlich recht rasch fündig. Da ist nicht nur eine gemeinsame Geschichte, da ist auch die Faszination des Zusammenlebens verschiedener Kulturen. Da ist aber auch eine wohl einzigartige politische Kultur, welche das Zusammenleben von sprachlichen, regionalen und kulturellen Minderheiten überhaupt erst ermöglicht. Wo sonst hat der Bürger derart viele Möglichkeiten der kreativen Mitgestaltung des Gemeinwesens mittels der Instrumente der direkten Demokratie? Wie sonst kann die Staatsmacht so geschickt gebändigt und kontrolliert werden wie mit unserem Föderalismus? Wie sonst können die kleinen staatlichen Einheiten - Kantone und Gemeinden - so intensiv ihr eigenes Schicksal mitbestimmen wie mit unserem noch immer wirksamen Subsidiaritätsprinzip? Wo sonst sind Mechanismen des Minderheitenschutzes so ausgeklügelt, ist auch die Kultur der Rücksicht auf Minderheiten so ausgeprägt? Wo sonst sind über das Milizprinzip so viele Bürger in die Verantwortung für das Gemeinwesen eingebunden? Wir dürfen auf diese Kernelemente unserer politischen Kultur, die unsere Gesellschaft bis ins Innerste prägen, berechtigterweise stolz sein. Es sind dies Werte, die wir meines Erachtens auch in ein neues und stärker integriertes Europa, mit dem wir uns solidarisch fühlen, einbringen können.

Eigentlich müssten diese verbindenden Kräfte auch in Zukunft die zentrifugalen Kräfte überwinden können. Und das Volk müsste zu einer Institution stehen, die ein unverzichtbares Element der nationalen Identität ist, nämlich zur Armee!

Sperrfrist: 23.10.1989,  
21.00 Uhr

---

OFFIZIERSGESELLSCHAFT DER STADT BERN  
REFERAT VON BUNDESRAT KASPAR VILLIGER, CHEF DES EMD:  
"PERSPEKTIVEN DER ARMEE IM JAHR 2000"

BERN, 23. OKTOBER 1989

---

Nachdem ich mich nun mit meiner Familie in der Agglomeration Bern häuslich niedergelassen habe, freut es mich sehr, die Offiziersgesellschaft der Stadt Bern kennenlernen zu dürfen. Wenn ich mich so umschaue, erkenne ich einige bekannte Gesichter, nämlich Mitarbeiter aus meinem Departement. Ihr Besuch dieser Veranstaltung freut mich, obschon er meine Aufgabe erschwert. Meine Ausführungen müssen auch Insidern genügen. Das stellt besondere Anforderungen.

Ich nehme die Gelegenheit gerne wahr, Sie über Probleme der Armee der Zukunft zu informieren. Unsere Armee wird sich in den nächsten Jahren grundlegend verändern. Ich lege Wert darauf, dass auch die Offiziersgesellschaften diese Veränderungen begleiten und mittragen. Wenn ich in der Geschichte zurückblättere, so stelle ich fest, dass Ihre Offiziersgesellschaft bei früheren Auseinandersetzungen etwa über die Konzeptionsfragen recht auf-

müpfig und in keiner Art und Weise gouvernemental war. Als Luzerner habe ich indessen dafür Verständnis. In den 50er und 60er Jahren, als die Konzeptionsfrage die Gemüter der Dynamiker und der Statiker bewegte, gehörte Ihre Gesellschaft zusammen mit den Luzernern und den Baslern zur profiliertesten Opposition gegen gewisse Tendenzen zur Grossmachtarmee im Taschenformat. Schon 1938 und 1939 hatten regelrechte Verschwörungen für die Einführung eines Friedensgenerals ihren Ausgangspunkt in Veranstaltungen der Offiziersgesellschaft Bern. Hier allerdings bin ich überaus glücklich, dass die damaligen Ideen nie realisiert wurden.

Ich finde es wichtig, dass Offiziersgesellschaften nicht nur Bälle veranstalten und Vorträge anhören, sondern auch aktiv an der Ausgestaltung des Wehrwesens teilnehmen. Das entspricht dem vielbeschworenen Milizgeist, auf den wir mit Recht stolz sind. Die Planung der "Armee 95" bietet für diese aktive Mitarbeit Gelegenheit. Ich werde darauf zurückkommen!

Bevor ich mich aber der "Armee 95" zuwende, möchte ich einige Bemerkungen zur schweizerischen Sicherheitspolitik und zur aktuellen Bedrohung machen. Wer sich mit der Armee der Zukunft beschäftigen will, muss zuerst das sicherheitspolitische Umfeld analysieren.

Was ist Sicherheitspolitik?

Unsere Sicherheitspolitik möchte der Schweiz Frieden in Freiheit sichern. Frieden allein könnte als Ziel nicht genügen. Es geht nicht um Frieden um jeden Preis, weil ein solches Friedensverständnis auch zur Unterwerfung unter rücksichtslose Machthaber führen könnte, die es immer gegeben hat und die es wahrscheinlich auch immer wieder geben wird. Frieden in Freiheit ist deshalb ein viel anspruchsvolleres Ziel, das zu sichern den Völkern bisweilen grösste Opfer abverlangt.

Die Erhaltung von Frieden in Freiheit erfordert, dass machtpolitischen Bedrohungen angemessen begegnet wird. Die Sicherheitspolitik bezieht sich deshalb eben gerade auf diese machtpolitischen Bedrohungen.

In jüngster Zeit wird oft gefordert, der Begriff der Sicherheitspolitik müsse auch auf weitere Bedrohungen unseres Landes ausgedehnt werden. Ich halte davon wenig. Es ist unbestritten, dass unsere moderne Gesellschaft durch vielerlei Gefahren existentiell bedroht sein kann. Stichworte dazu sind etwa Umweltzerstörung, Drogen oder Aids. Es ist weiter unbestritten, dass der Staat allen existentiellen Gefährdungen bedrohungsgerecht begegnen

muss, den neuen so gut wie jenen, die unter den Begriff der klassischen Sicherheitspolitik fallen. Er verfügt dazu über Instrumente wie etwa die Umwelt-, die Wirtschafts- oder die Gesundheitspolitik. Würden wir den Begriff der Sicherheitspolitik auf alles das ausdehnen, so müsste die Sicherheitspolitik sehr bald grosse Teile der Politik überhaupt umfassen. Das wiederum würde dazu führen, dass neue Unterbegriffe geschaffen werden müssten. Gehen wir also von vertrauten Inhalten aus und verpuffen wir keine Energie unnötig in semantischen Auseinandersetzungen!

Worauf lässt sich Frieden in Freiheit gründen?

Hier ist zunächst festzuhalten, dass Waffen nie Ursache, sondern Folge von Spannungen und Konflikten sind. Eine gute Sicherheitspolitik befasst sich deshalb auch mit Ursachentherapie. Sie versucht, Konflikte beizulegen oder erst gar nicht entstehen zu lassen. Weil Konflikte kaum je völlig vermeidbar sein werden, muss sich die Sicherheitspolitik der Frage widmen, wie Konflikte gewaltfrei ausgetragen werden können. Mit dieser Thematik befassen sich die Aussenpolitik und die sogenannten ausgreifenden Massnahmen der Sicherheitspolitik. Weil sich indessen Konflikte erfahrungsgemäss auch mit Gewalt entladen können, werden Armeen

immer das Rückgrat der Sicherheitspolitik bilden. Man bezeichnet das im Gegensatz zur ausgreifenden als die bewahrende Komponente der Sicherheitspolitik

#### Das sicherheitspolitische Umfeld

Während der Periode des sogenannten kalten Krieges waren die sicherheitspolitischen Verhältnisse relativ einfach. Es gab klare Fronten in Europa, wohl auch klare Feindbilder, die Blöcke hielten sich gegenseitig im Schach und es herrschte paradoxerweise eine ausgeprägte Stabilität und Berechenbarkeit. Man lebte entweder im freien Teil Europas, oder man hatte sich Diktatur und Ausbeutung zu beugen, je nachdem, auf welcher Seite des Eisernen Vorhanges man sich befand. Frieden hatten alle Europäer, nicht aber Freiheit. Das alles ist nun plötzlich in dramatischer Veränderung begriffen. Was bedeutet das für unsere Sicherheit?

Was in Osteuropa vor sich geht, ist ausserordentlich. Menschen lehnen sich auf, fordern mutig Freiheit und Demokratie, nehmen grosse persönliche Risiken auf sich, um für diese Freiheit zu kämpfen. Wo sie keine Chance des Fortschrittes sehen, laufen sie zu Tausenden davon. Zum einen ist dies die Bankrotterklärung einer politischen und wirtschaftlichen Ideologie, die jahrelang vorgab, der Welt das Heil zu bringen. Zum andern zeigt es, dass auch eine generationenlange Unterdrückung in den Menschen den

Wunsch nach Freiheit und politischer Mitbestimmung nicht abzutöten vermag. Es wäre wahrscheinlich schwierig, diese breite Bewegung mit Gewalt zu unterdrücken, weil die elektronische und weltweite Kommunikation die Lüge stets entlarvt und den Virus der Freiheit ständig verbreitet und am Leben erhält.

Die Chancen, dass auch in Osteuropa echte Demokratien und Marktwirtschaften entstehen, sind derzeit grösser als je zuvor. Diese Entwicklung ist zu begrüßen, weil nur Menschenrechte, Selbstbestimmung der Völker, Demokratie und ein gewisser Wohlstand (der wiederum nur durch Marktwirtschaft zu schaffen ist) Konflikte auf Dauer abzubauen vermögen. Trotzdem beschleicht einen ob des atemraubenden Tempos der Entwicklung eine gewisse Beklemmung. Zeiten solch rasanten Umbruchs sind auch Zeiten besonderer Risiken.

Der Wandel sowohl in der Sowjetunion als auch in Osteuropa ist tiefgreifend, aber niemand kann heute sagen, wohin er führen wird. Die Veränderungen in den verschiedenen Ländern und Regionen beeinflussen sich gegenseitig stark, laufen aber nicht koordiniert ab. Das ergibt einen Regelkreis, der zu hochgradiger Instabilität

neigt. Es erheben sich viele Fragen, die derzeit kaum beantwortet werden können. Gibt es beispielsweise eine Toleranzschwelle bei der Freiheit und Autonomie der nichtsovjjetischen Völker des Warschauer Paktes, bei deren Ueberschreitung mit Eingriffen von aussen zu rechnen ist? Können die Nationalitätenprobleme in der Sowjetunion unter Kontrolle gehalten werden? Wie wirkt sich die trotz Perestrojka nach wie vor desolate wirtschaftliche Lage aus? Ist bei anhaltender Erfolglosigkeit der Wirtschaftspolitik mit Machtwechseln zu rechnen? Wie kann die drohende Versorgungskrise des kommenden Winters gemeistert werden? Wie resistent sind Demokratieansätze in osteuropäischen Ländern, wenn nicht rasch wirtschaftliche Erfolge absehbar werden?

Der europäische Osten und die Sowjetunion sehen sich einer eigentlichen Verbundkrise gegenüber, und niemand kann sagen, ob der Wandel plötzlich blockiert werden wird, ob er geordnet ablaufen kann oder ob er sich gar chaotisch-explosiv entwickeln wird.

Man könnte sagen, dass nicht nur die Chancen, sondern auch die Risiken beträchtlich sind. Rückschläge sind ebenso denkbar wie Fortschritte. Man denke nur an die jüngste Entwicklung in China.

Es wäre kein kluges und rationales Verhalten, sich in Zeiten solcher Instabilität zu entwaffnen. Aber es ist klug, den beschriebenen Wandel konstruktiv zu unterstützen, und zwar auf eine Weise, die einen geordneten Ablauf begünstigt. Besonnenheit ist am Platz.

Auch die Entwicklung in Westeuropa kann für uns sicherheitspolitische Konsequenzen haben. Die historischen Feindschaften zwischen den grossen Völkern Mittel- und Westeuropas gehören zum Glück der Geschichte an, und die wirtschaftliche und politische Integration wird gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen diesen Völkern in Zukunft wohl verhindern. Sollte die Schweiz je einen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft erwägen, müsste sie wohl auch ihre Sicherheitspolitik und vor allem die Frage ihrer Neutralität überprüfen, dies auch im Falle eines Beitritts mit Neutralitätsvorbehalt, falls ein solcher überhaupt möglich sein sollte.

Wie immer auch diese Ueberprüfung ausgehen würde, eine Armee bräuchten wir trotzdem. Uns als Trittbrettfahrer von anderen verteidigen zu lassen wäre undenkbar.

Wer die zukünftigen sicherheitspolitischen Risiken beurteilen will, muss aber den Blick auch über Europa hinaus richten. Neben positiven sind weltweit leider auch sehr bedenkliche Entwicklungen feststellbar. Es sind wirtschaftliche, soziale und religiöse Spannungsherde von hoher Intensität zu diagnostizieren. In vielen Ländern der Dritten Welt werden nicht nur Waffen in grossem Umfang gekauft, sondern zunehmend auch entwickelt und produziert, darunter möglicherweise auch Massenvernichtungswaffen und chemische Waffen. Keiner weiss, wie sich dieses Krisenpotential entwickeln wird, ob es zu weltweiten Krisen führt oder ob es gelingen wird, es zu entschärfen. Auch diese Perspektiven lassen es als ratsam erscheinen, eine Armee als Instrument der Selbstbehauptung zu erhalten.

Ich habe vorher darauf hingewiesen, dass Waffen Folge und nicht Ursache von Spannungen sind. Aus diesem Grund hat die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) drei sogenannte Körbe, neben dem bekannten Abrüstungskorb auch einen menschenrechtlichen

und einen wirtschaftlichen. Lassen Sie mich zur Rüstungskontrolle einige Bemerkungen machen!

Die Motive für den Willen zur Abrüstung sind vielfältig. Sicher hat das Wettrüsten zu unsinnigen Belastungen der Wirtschaften der Supermächte geführt. Wenn der Osten seine Verbundkrise lösen will, muss er Ressourcen aus dem militärischen Bereich in andere wirtschaftliche Kanäle leiten. Der Wille zur Abrüstung ist hüben und drüben wohl ehrlich. Da aber keiner der Blöcke seine eigene Sicherheit gefährden will, ist der Abrüstungsprozess schwierig. Viel Misstrauen ist zu überwinden, und deshalb sind die vertrauensbildenden Massnahmen so wichtig.

Es wird derzeit so viel über Abrüstung gesprochen, dass viele Mitbürger der irrigen Meinung sind, es sei auch schon viel abgerüstet worden. Dem ist leider nicht so. Einzig mit dem Vertrag über die Vernichtung nuklearer Raketen kürzerer und mittlerer Reichweite (INF-Vertrag) ist ein erstes echtes Abrüstungsabkommen in Kraft getreten. Es baut lediglich etwa 4% der nuklearen Mittel ab, hat aber wegweisenden Charakter, indem erstmals derjenige mehr Waffen verschrotten muss, der über mehr Waffen verfügt, und indem neue Wege der Abrüstungskontrolle begangen werden. Im übrigen wurde bisher aber trotz Abrüstungsrhetorik nach wie vor aufgerüstet und nicht abgerüstet.

Wir hoffen allerdings, dass der Rhetorik nun die Taten folgen werden. Die Chancen dafür sind intakt. Das Ziel der Rüstungskontrolle ist einerseits ein stabiles und ausgewogenes Gleichgewicht auf signifikant tieferem Niveau und andererseits eine weniger auf Angriff ausgerichtete Struktur der Heere.

Nehmen wir einmal an, diese Ziele würden erreicht. Was würde das für die Sicherheit Europas und für unsere Armee bedeuten?

Ein unbestreitbarer Vorteil bestünde darin, dass Offensivoperationen aus dem Stand schwieriger würden. Damit würden die Vorwarnzeiten länger. Das liegt durchaus im Interesse der Schweiz, die ohne stehendes Heer die Bereitschaftszeiten nicht beliebig verkürzen kann. Dieser Effekt steigert die Sicherheit Europas. Wir haben deshalb ein Interesse, die Abrüstungsbestrebungen zu unterstützen. Zudem würde unsere eigene Verteidigungskraft relativ stärker, was angesichts der uns gesetzten finanziellen Grenzen im Rüstungssektor zu begrüßen wäre.

Im übrigen aber dürfen die Vorteile der Abrüstung nicht überschätzt werden. Auch die Sicherheitssysteme der Zukunft werden auf Armeen beruhen. Deshalb wird auch künftig die Abschaffung unserer Armee kein Thema sein können.

Kriege sind bei jedem Rüstungsniveau möglich. Ein guter General kann mit jedem Heer, von welcher Struktur auch immer, Angriffe planen und durchführen. Unsere Vorfahren taten es mit Hallebar- den. Nachdem langsam die Konturen möglicher Abrüstungsverträge sichtbar werden, lässt sich feststellen, dass in Mitteleuropa auch nach einem allfälligen Abkommen weit mehr konventionelle Zerstörungskraft verbleiben wird, als beim Ausbruch des Zweiten Weltkrieges vorhanden war, ganz abgesehen vom Nuklearpotential. Es ist auch völlig klar, dass diese Restpotentiale ständig modernisiert würden. Abrüstung alleine löst die Sicherheitsprobleme deshalb nicht.

Oft wird bezweifelt, ob im Nuklearzeitalter eine konventionelle Armee noch einen Sinn habe. Zunächst ist festzustellen, dass seit Hiroshima und Nagasaki weltweit ungefähr 150 konventionelle Kriege gezählt wurden. Alle Länder, auch die Atommächte, unterhalten konventionelle Heere. Jeder weiss, dass ein strategischer Nuklearkrieg keine Sieger hinterlässt. Deshalb ist die Schwelle zum Nuklearkrieg hoch, so hoch, dass konventionelle Kriege wieder möglich geworden sind.

Ein weiteres Faktum ist zu bedenken. Armeen können politischen Druck ausüben, ohne dass ein Krieg geführt wird. Wer wehrlos ist, wird erpressbar. Wer sich aber wehren könnte, kann selbstbewusster auftreten, auch auf diplomatischer Ebene.

Die bewahrende Komponente der schweizerischen Sicherheitspolitik

Unsere Gesamtverteidigungsanstrengungen haben drei Ziele:

1. Wir wollen den Krieg verhindern, und zwar den Krieg schlechthin.
2. Wenn gegen unsern Willen der Krieg ausbricht, so wollen wir ihn von unseren Grenzen fernhalten.
3. Wenn wir trotzdem in einen Krieg verwickelt werden, dann wollen wir ihn nicht verlieren.

Zum ersten Ziel sollen vor allem die Aussenpolitik und die ausgreifenden Massnahmen der Sicherheitspolitik führen. Das zweite und das dritte Ziel streben wir mit der Gesamtverteidigung an, die ja bekanntlich nicht nur aus der militärischen Landesverteidigung besteht. Dazu gehören beispielsweise auch der Zivilschutz oder die koordinierten Dienste.

Wir dürfen die Bedeutung unserer Landesverteidigung aber nicht nur aus der Sicht unseres Landes beurteilen. Sie hat auch eine Bedeutung für die Stabilität Europas. Eine schwach verteidigte Schweiz würde für die Blöcke ein Sicherheitsrisiko bedeuten. Jeder Block müsste im Spannungsfall befürchten, sein Gegner könnte den unverteidigten Raum für Angriffsoperationen, Truppen- oder Flugzeugbewegungen und dergleichen missbrauchen. Diese Furcht könnte dazu führen, dass im erwähnten Spannungsfall einer der Blöcke die Verteidigung unseres Territoriums übernehmen würde mit für uns verheerenden Folgen.

Dieses Problem beschäftigt unsere Nachbarn. Bohrende Fragen von Ministern nach der Qualität unserer Luftverteidigung und Radarüberwachung, nach unserer Reaktionszeit bei der Mobilmachung und nach der ständigen Bereitschaft unserer Verteidigung haben mir das sehr deutlich gezeigt. Wenn wir unseren Raum indessen

selber glaubwürdig verteidigen, ist die Wahrscheinlichkeit, dass Konflikte ausgerechnet auf unserem Territorium ausgetragen würden, sehr klein. Wir müssen immerhin berücksichtigen, dass wir derzeit für niemanden ein strategisches Ziel erster Ordnung wären. Unsere bewaffnete Neutralität hat also nach wie vor ihren Sinn. Sie wird aber nur dann ernst genommen, wenn unsere Verteidigungsfähigkeit stark bleibt und wenn wir in der Lage sind, auch modernsten Angriffssystemen entgegenzutreten.

Unsere heutige Armee ist dieser Aufgabe gewachsen. Eine modern ausgerüstete Infanterie im Verbund mit einem starken Gelände mit vorbereiteten Zerstörungen und Verminungen, dies gepaart mit modernen mechanisierten Mitteln und einer starken Panzerabwehr, würde einen terrestrischen Angreifer vor sehr schwierige Probleme stellen. Eine geeignete Mischung von Fliegerabwehr und Flugwaffe kann zudem unsere Lufthoheit sichern, allerdings nur dann, wenn deren Technologie den Angriffspotentialen gewachsen ist.

Diese Ueberlegungen zeigen auch, was von einer Partisanenarmee ohne Hochleistungssysteme wie moderne Kampfpanzer oder Kampfflugzeuge zu halten ist, nämlich nichts. Eine Partisanenarmee kann wohl nach einer Besetzung dem Gegner Nadelstiche zufügen, aber sie kann ihn niemals an der Besetzung oder am Durchmarsch unseres Raumes hindern. Sie würde die Aufgabe, einen potentiellen Gegner abzuhalten und damit den Krieg zu verhindern, nicht erfüllen, und sie würde ihren Beitrag an die Stabilität Europas nicht leisten.

Ich habe am Anfang festgestellt, dass sich strategische Grosswetterlagen immer wieder ändern können. Deshalb hat schon Napoleon darauf hingewiesen, dass sich Armeen nach den vorhandenen Potentialen an Beständen und Rüstung und nicht nach den deklarierten Absichten der Politiker richten müssen. Diese Absichten können nämlich immer wieder ändern, und dann kann nicht in kurzer Frist nachgeholt werden, was vorher versäumt wurde. Wollte man gar eine abgeschaffte Armee wieder einführen, würde dies wohl Jahrzehnte dauern.

#### Der Wandel des Kriegsbildes

Bevor man eine Armee so gestalten und ausbauen kann, dass sie ihren Auftrag erfüllen kann, muss man eine Vorstellung des möglichen Kriegsbildes haben. Ich möchte dazu einige skizzenhafte Ueberlegungen machen!

Aus der Kriegsgeschichte kann man zwei Lehren ziehen, die zwar keine besonders grosse Hilfe bieten, die zu missachten aber sträflich wäre:

1. Wenn ein Krieg ausbricht, so ist er immer völlig anders als der letzte vorherige Krieg.
2. Meistens ist dieser Krieg auch völlig anders, als ihn sich die Regierungen und Armeeleitungen vorgestellt haben.

Wer von einem falschen Kriegsbild ausgeht, läuft grosse Gefahr, den Krieg zu verlieren. Jedermann weiss das, und deshalb sucht jedermann nach dem richtigen Kriegsbild. Trotzdem sind diese Kriegsbilder häufig falsch. Dafür gibt es fünf typische Gründe:

1. Es besteht die Gefahr, dass man aus sogenannten politischen Gründen die falsche Option wählt, weil diese bequemer ist und leichter durchgesetzt werden kann. Man kauft also etwa das günstigste statt das ichtige Kampfflugzeug.
2. Die Entscheidungsträger konstruieren sich gerne ein "ideales Kriegsbild", das sich auf das bekannte und seit Generationen gepflegte Kriegsbild, an das man sich gewöhnt hat, abstützt. Sich von Gewohntem zu lösen, kann überaus unbequem sein.

dafür sind etwa die Kavallerieheere von 1939 oder die Maginot-Linie.

3. Es ist auch falsch, wenn man sich auf die bestehende Bedrohung fixiert. Man muss den Wandel wahrzunehmen versuchen, weil eine Armee auch zukünftig möglichen Bedrohungen genügen und sich ständig anpassen muss. So kann es auch falsch sein, sich auf eine fehlende oder vermeintlich fehlende Bedrohung zu fixieren.
  
4. Jeder grosse Krieg in Europa hat mit Operationen begonnen, die niemand voraussah. Das Unerwartete und Unvorhersehbare ist wesentlich. Wir müssen auf Kriegsformen reagieren können, die wir jetzt nicht voraussehen können.
  
5. Es ist ein Fehler, nur einen bestimmten Krieg vorzubereiten, der sehr wahrscheinlich gar nie kommt. Das kann Ueberplanungen zur Folge haben, die Schaffung von zuvielen spezialisierten Verbänden, die vielleicht gar nie zum Einsatz kommen.

Ein Schlüsselbegriff bei all diesen Ueberlegungen ist der Wandel. Es ist in erster Linie die rasante technische Entwicklung, welche die Stabilität des Kriegsbildes verhindert. Es scheint, dass derzeit vor allem moderne Präzisionswaffen mit grosser Reichweite, die

elektronische Kriegsführung und hochmoderne Luftwaffen das moderne Kriegsbild prägen. Sie ermöglichen den Krieg ohne die Eroberung von Land. Das nichtnukleare Feuer ist das beweglichste Element auf dem eigentlichen Gefechtsfeld. Durch den selektiven oder gleichzeitigen Einsatz von Fernwaffen, Luftkriegs-, Luftlande- und Erdkampfmitteln kann von Anfang an die ganze Tiefe des gegnerischen Raumes erfasst werden.

Die Entwicklung der modernen Waffen ist nicht aufzuhalten, auch nicht durch Abrüstungsverträge. Die hohen Entwicklungskosten und die hohen Beschaffungspreise bedeuten aber durchaus eine gewisse Bremse. Es ist deshalb keineswegs so, dass heute schon alles das eingeführt wäre, was in den Hochglanzprospekten der Rüstungskonzerne figuriert.

Wir stellen auch einen Wandel in den Doktrinen fest. Der Angriffskrieg soll mehr und mehr in den Verteidigungskrieg überführt werden, und das moderne Schlagwort heisst "defensive Defensive". Allerdings müssen wir feststellen, dass die Sowjetarmee derzeit noch nicht über diese defensive Defensive verfügt. Sie sucht danach, aber die internen und externen Auseinandersetzungen darüber sind recht heftig, und niemand weiss, was sich letztlich durchsetzen wird.

## "Armee 95": Die Antwort auf den Wandel!

Eine Armee muss sich ständig dem Wandel der Bedrohung und des Kriegsbildes anpassen. Dies gilt in besonderem Masse für ein Heer wie das unsere, das nicht zu den grossen und mächtigen dieser Welt gehört. Eine Armee muss sich aber auch dem gesellschaftlichen, demographischen und innenpolitischen Wandel anpassen. Unsere Antwort auf die neuen Herausforderungen heisst "Armee 95".

### Die politischen Leitplanken

Verschiedene Rahmenbedingungen haben sich seit dem Zweiten Weltkrieg tiefgreifend verändert. Ich darf nur einige wenige davon aufzählen:

- Der Geburtenschwund wird nicht nur die Bestände verringern, sondern er wird auch enorme sektorielle Knappheiten auf dem Arbeitsmarkt zur Folge haben. So ist vorauszusehen, dass etwa um Lehrlinge oder Spezialisten ein enormer Kampf entbrennen wird, wenigstens so lange, als die Wirtschaft gut läuft.
  
- Die Wirtschaft ist viel arbeitsteiliger und hochtechnologieorientierter geworden, was sie zwar leistungsfähiger, aber auch verletzlicher macht. Man könnte ihr im Krisenfall ohne Schaden nicht mehr 700'000 Männer entziehen, wie bei der Mobilmachung 1939.

- Die hochspezialisierte Wirtschaft hat längere Ausbildungszeiten und grossen Weiterbildungsaufwand zur Folge, so dass Konflikte zwischen der zivilen und der militärischen Ausbildung häufiger werden. Zudem werden diese Konflikte häufiger zu Ungunsten der Armee gelöst.
  
- Das Ausgabenwachstum in vielen Bereichen (beispielsweise Sozialwesen, Verkehr oder Forschung und Bildung) wird die Bundesfinanzen in den nächsten Jahren derart strapazieren, dass grosse reale Zuwachsraten für die Militärausgaben kaum zu erwarten sind.
  
- Die Ressource Übungs- und Schiessplätze sind in unserem dicht besiedelten Land knapp geworden.
  
- Die Empfindlichkeit der Bürger auf militärisch bedingte Unannehmlichkeiten ist gestiegen.

Alles das hat dazu geführt, dass wir die folgenden politischen Jalons für die "Armee 95" gesetzt haben:

1. Das Wehrpflichtalter soll herabgesetzt werden. Es beträgt heute 20-50 Jahre für Mannschaften und 20-55 Jahre für Offiziere. Es soll für Soldaten und Unteroffiziere auf 42 Jahre herabgesetzt

werden. Für Offiziere wird es voraussichtlich auf 50 Jahre gesenkt, diese Frage ist indessen noch nicht abschliessend geklärt.

Dies hat selbstverständlich auf unsere Bestände Folgen. Der Sollbestand (ohne HD, MFD und RKD) wird von heute 550'000 auf 400'000 sinken. Der Kontrollbestand wird sich von 625'000 auf 450'000 reduzieren.

Auch mit "Armee 95" werden wir noch immer die grösste Dichte an Soldaten pro m<sup>2</sup> in Europa haben.

Die Herabsetzung des Wehrpflichtalters hat verschiedene positive Konsequenzen:

- Der Wirtschaft bleiben im Krisenfall zusätzliche Jahrgänge im besten Alter erhalten. Sie können den "Weiterbetrieb" der Schweiz sichern.
- Bei der Mannschaftsausrüstung und bei der Logistik ergeben sich nicht gewaltige, aber beachtliche Einsparungen.
- Wir müssen überalterte Waffensysteme nicht mehr mit allen logistischen Konsequenzen über Jahrzehnte mitschleppen.
- Bei der Nutzung von Schiess- und Uebungsplätzen erhalten wir wieder einen gewissen Handlungsspielraum.

- Auch der derzeit kaum mehr vorhandene Handlungsspielraum im personellen Sektor des EMD sollte wieder etwas grösser werden.

Es ist offensichtlich, dass die Herabsetzung des Wehrpflichtalters auch Einfluss auf den Zivilschutz haben wird. Die Planungen für "Armee 95" und für den Zivilschutz der Zukunft laufen Hand in Hand ab. Ich bin überzeugt, dass sich auch für den Zivilschutz neue Chancen eröffnen.

2. Wir wollen die Heeresklassen auf höchstens zwei reduzieren und den Dienstleistungsrhythmus verändern.

Ich selber würde eine Lösung mit nur einer Heeresklasse vorziehen. Allerdings habe ich leitende Mitarbeiter, die noch Bedenken haben. Auch bei zwei Heeresklassen würden möglichst viele Einheiten aus beiden Heeresklassen gemischt sein.

Die Gesamtdienstzeit von 331 Tagen für Mannschaften werden wir nicht verändern. Wir möchten aber versuchen, die Dienstage optimaler zu verteilen. Die Aufteilung zwischen Grundausbildung und Verbandsausbildung wird überprüft, und angestrebt werden häufigere, dafür kürzere und besser in die zivilen Berufsgewohnheiten integrierte jährliche Dienstleistungen. Da hier noch

keine Entschiede getroffen wurden, möchte ich mich nicht näher darüber auslassen.

Das Einheeresklassenmodell hätte den Vorteil, dass der Wehrmann normalerweise während der ganzen Dienstzeit bei der gleichen Einheit bleibt. Er muss dann weniger umgeschult werden, was die Umschulungsverluste vermindert. Er wird auch besser in die Einheit integriert, was dem Korpsgeist förderlich ist. Ich bin auch überzeugt, dass die bessere Durchmischung von jüngeren und älteren Wehrmännern die Qualität der Einheiten fördert.

3. Wir möchten auch die Strukturen für die Katastrophenhilfe verbessern. Die Armee hat schon mehrfach bei Katastrophen hervorragende Hilfsdienste geleistet. Die unbürokratischen Einsätze vor allem im Urnerland bleiben in guter Erinnerung. In der Armee ist sämtlicher Sachverstand für die Katastrophenhilfe in reichem Masse vorhanden. Bausteine dazu sind vor allem der Luftschutz, aber auch die Genietruppen, die Sanität oder die Versorgungs- und die Uebermittlungstruppen.
4. Wir werden uns bemühen, die Tradition bei der Aenderung der Struktur der Armee zu berücksichtigen. Kantonszugehörigkeit und Verbandsbezeichnungen sollen deshalb nach Möglichkeit beibehalten werden.

Allerdings darf die Tradition kein Grund dafür sein, das Wichtige und Richtige zu unterlassen.

"Armee 95" wird an zwei Säulen nicht rütteln: an der allgemeinen Wehrpflicht und am Milizprinzip. Die allgemeine Wehrpflicht garantiert, dass Armee und Volk ineinander verwoben, ja sozusagen identisch bleiben. So kann sich keine militärische Kaste bilden, die sich schlimmstenfalls sogar gegen das eigene Volk wenden könnte, und so bleibt die Armee auch ein wichtiger Integrationsfaktor in dieser aus lauter Minderheiten bestehenden Willensnation. Dank dem Milizprinzip bleibt die Qualität der Armee gewährleistet, indem auch die besten Leute und Spezialisten dieses Landes Dienst leisten müssen.

Was muss die "Armee 95" können?

Ich habe vorher den Hauptauftrag der Armee und das moderne Kriegsbild geschildert. Die Kommission für militärische Landesverteidigung hat unlängst nach eingehender Diskussion die operativen Zielsetzungen der zukünftigen Armee in den verschiedenen strategischen Fällen als Planungsgrundlage formuliert. Obwohl sich im Verlaufe der weiteren Planung hier noch leichte Modifikationen ergeben könnten, möchte ich Ihnen den wesentlichen Gehalt dieser operativen Zielsetzungen kurz darlegen:

Im strategischen Normalfall muss eine stufengerechte Führungs- und Einsatzbereitschaft mit dem Ziel sichergestellt werden, der jeweiligen Lage entsprechende Massnahmen zu veranlassen sowie die guten Dienste der Armee im Ausland nach Massgabe des Zumutbaren zur Verfügung zu stellen.

Im Krisenfall müssen die Sicherheitsbedürfnisse im Rahmen der Gesamtverteidigung abgedeckt werden, und den zivilen Behörden ist Hilfe zu leisten.

Im Neutralitätsschutzfall muss die Armee kraftvoll jeglicher Verletzung des schweizerischen Hoheitsgebietes zur Erde und zur Luft entgentreten.

Im Verteidigungsfall bestehen zwei Zielsetzungen. Einerseits muss die Armee durch eine hohe Anfangsleistung den Kampf ab Landesgrenze nachhaltig führen und in jenen Räumen den Gegner entscheidend schlagen, denen eine besondere strategische und/oder operative Bedeutung zukommt. Andererseits ist durch langdauernde Verteidigung eines Teiles unseres Staatsgebietes die Voraussetzung zur Wahrung der politischen und militärischen Handlungsfreiheit zu schaffen.

Im Besetzungsfall soll mit den verbleibenden Kräften der militärische Widerstand fortgeführt werden mit dem Ziel, den Besetzer zu zermürben, ihn zu Verhandlungen zu zwingen und die Befreiung des Landes vorzubereiten.

Im Katastrophenfall muss die Hilfeleistung an die zivilen Behörden sichergestellt werden, soweit es der Hauptauftrag der Armee zulässt.

Die Armee muss nun so gestaltet werden, dass sie diese operativen Ziele angesichts des geschilderten modernen Kriegsbildes zu erreichen vermag. Gerade weil sich das Bild eines zukünftigen Krieges nicht genau voraussagen lässt und weil jener Gegner der gefährlichste ist, der die gewohnten Spielregeln verletzt, muss diese Armee möglichst polyvalent sein. Sie muss zu einem flexiblen Instrument gemacht werden, das sehr vielseitig einsetzbar ist. Ich erwarte deshalb von meinen Mitarbeitern, dass sie sich von vorgefassten und überlebten Meinungen lösen und sehr offen an die Planung gehen.

Wir werden die bisherige Doktrin nicht über Bord werfen müssen, aber es wird bei der Kampfführung gewisse Akzentverschiebungen geben. Wir sind im Moment daran, diese Akzentverschiebungen durchzudenken

und zu formulieren. Was ich Ihnen jetzt sage, ist deshalb möglicherweise noch nicht völlig ausgereift und kann im Laufe der Planung noch Änderungen erfahren.

### Die sieben Akzentverschiebungen bei der Kampfführung

#### 1. Vorsorgliche Massnahmen gegen die indirekte Kriegsführung

- Die indirekte Kriegsführung - die recht schwierig zu definieren ist! - ist weltweit eher im Zunehmen begriffen. Die Schlüsselobjekte aus dem zivilen und militärischen Bereich sind zu eruieren, und die kriegs- und lebenswichtigen sind gemäss einer klaren Prioritätsliste zu schützen. Angesichts der verkleinerten Bestände ist diese Aufgabe ambitiös.

#### 2. Erhöhte Flexibilität der operativen Führung

- Die Dynamik des modernen Gefechtes verlangt eine erhöhte Handlungsfreiheit der Armee. Einflussnahme, Schwergewichtsbildung und Flexibilität muss sichergestellt werden. Dafür sind sogenannte operative Verfügungstruppen zu schaffen. Es sind dies Panzer- und Infanteriebrigaden. Weil die durch "Armee 95" bewirkte Abnahme der militärischen Dichte notgedrungen Lücken zur Folge haben wird, erhöht sich die Bedeutung dieser operativen Verfügungstruppen noch.

3. Kapazität für den operativen Feuerkampf

Der operative Feuerkampf hat bei der modernen Kriegführung ein erhöhtes Gewicht. Die operativen Stufen sollen in die Lage versetzt werden, durch verschiedene Feuermittel mit stufengerechten Reichweiten und technologisch hoch entwickelter Munition sowie mit leistungsfähigen Zielaufklärungs- und Feuerleitsystemen rasch Feuerschwergewichte aufbauen und verlagern zu können.

4. Kräfteverlagerung aus dem Alpenraum ins Mittelland

Die strategische Zielsetzung, möglichst grosse Teile des Landes unter schweizerischer Hoheit zu bewahren, gilt für das ganze schweizerische Territorium und ist nicht auf den Zentralraum beschränkt. Deshalb ist es unumgänglich, zur Aufrechterhaltung der operativen Schlagkraft und zur Befähigung des langdauernden Kampfes der Feldarmee das Personal des Alpenkorps stärker zu reduzieren. Die operative Schlagkraft des Gebirgsarmee Korps hingegen soll durch eine erhöhte Mobilität sowie durch eine gesteigerte Feuerkraft verbessert werden.

5. Kampf gegen die gesteigerte Luftbedrohung

Es ist anzunehmen, dass ein moderner Konflikt nicht mit dem Ueberschreiten der Grenze durch feindliche Panzer beginnen würde, sondern mit einem sehr intensiven modernen Luftkrieg. Dabei muss die Luftverteidigungskapazität der Bedrohung durch die

modernen Luftkriegspotentiale angepasst werden. Dies bedingt selbstverständlich die Beschaffung des modernen Kampfflugzeuges. Die Wahrung der Lufthoheit soll durch die Flugwaffe erfolgen, während die Luftverteidigung durch einen Verbund von Flugwaffe und Fliegerabwehr sichergestellt werden soll.

6. Auffangen verkürzter Vorwarn- und Warnzeiten

Neue Strukturen, Modalitäten und Mittel müssen es erlauben, einer schnell eskalierenden Bedrohung rascher und entschiedener entgegenzutreten.

7. Angepasstes operatives Konzept zur Stärkung des Grenzraumes

Das durchwegs starke Gelände im Grenzraum muss möglichst gut ausgenutzt werden. Durch die erhöhte operative Flexibilität und die Fähigkeit zum operativen Feuerkampf sollen Armee und Armeekorps befähigt werden, aktiv und nachhaltig an der Peripherie des Landes einzugreifen.

Zum Zeitplan

Die operativen Zielsetzungen und die sieben Akzentverschiebungen (sobald sie definitiv bereinigt sind) werden die Planungsgrundlage für Armee 95 bilden. Sie in eine konkrete Armee mit konkreten Waffen und Mannschaftsbeständen umzugießen ist eine sehr ehrgeizige Aufgabe. Diese Aufgabe ist nur zu bewältigen, wenn sich die

leitenden Kader des EMD voll damit identifizieren und wenn sich die Mitglieder der Projektorganisation mit Hingabe und Enthusiasmus der Sache widmen. Es werden sehr viele Detailprobleme auftauchen, deren Lösung Kreativität verlangt. Bremser, Nörgler, Besserwisser und Zauderer haben in diesem Prozess keinen Platz. Ich bin gewillt, die "Armee 95" mit allen Kräften durchzuziehen und zum Erfolg zu führen. Ich scheue auch die öffentliche Diskussion nicht. Wir werden versuchen, eine möglichst offene und permanente Informationspolitik zu betreiben. Ich bin auch der Meinung, das Milizoffizierskorps solle sich an der Diskussion über die "Armee 95" intensiv beteiligen und Impulse geben. Das grosse Werk kann nur dann vollendet werden, wenn es von den Bürgern, von den Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten getragen wird. Das bedeutet, dass über diese Armee in der Öffentlichkeit so intensiv diskutiert werden muss wie etwa über die AHV oder die Verkehrspolitik.

Die Meilensteine im Projektablauf könnten etwa wie folgt aussehen:

- Im Laufe des Jahres 1990 soll der neue Bericht des Bundesrates zur Sicherheitspolitik veröffentlicht und in den Räten debattiert werden.
- Für 1991 ist ein neues Armeeleitbild vorgesehen, das insbesondere die konzeptionellen Grundlagen für die "Armee 95" festlegen soll.

- Im Hinblick auf die nächste Legislaturperiode folgt ebenfalls im Laufe des Jahres 1991 das Planungsdokument "Ausbauschnitt 1992-95". Hier geht es vor allem um den Finanzrahmen.
- Die Realisierung von "Armee 95" wird aus einer Revision der Militärorganisation, einer Anpassung der Zivilschutzgesetze sowie einer neuen Truppenordnung bestehen. Diese Vorlagen sollen gegen Ende 1992 den Räten in einem Paket vorgelegt werden. Selbstverständlich ist vorher eine Vernehmlassung vorgesehen.
- Unter der Annahme, dass die Behandlung in beiden Räten im Laufe des Jahres 1993 erfolgen kann und kein Referendum ergriffen wird, könnten dann die Ausführungserlasse auf Stufe Bundesrat im Jahre 1994 erarbeitet werden.
- Ab 1.1.1995 dürfte dann mit dem Beginn des Hineinwachsens der Armee in die neuen Strukturen gerechnet werden. Bis zur völligen Realisierung von "Armee 95" wird eine längere Uebergangsphase ablaufen.

### Die Ausbildung

Die besten Waffen taugen nichts, wenn die Soldaten, die sie bedienen müssen, schlecht ausgebildet sind. Dazu kommt, dass die Qualität der Ausbildung die Haltung der Wehrmänner zur Armee sehr weitgehend beeinflusst. Deshalb hat die Ausbildung in unserer Armee einen sehr grossen Stellenwert. Wir müssten auch ohne "Armee 95" die Ausbildung ständig an neue Gegebenheiten anpassen. Die Zeit reicht nicht, um Ihnen auch noch die Vorstellungen über die Ausbildung der Zukunft zu skizzieren. Ich möchte lediglich nachdrücklich festhalten, dass für mich die Ausbildung den gleichen Stellenwert wie die Qualität der Rüstung hat.

### Die allgemein friedenssichernde Komponente unserer Sicherheitspolitik

Ich habe schon darauf hingewiesen, dass es ein erstes Ziel unserer Sicherheitspolitik sein muss, mitzuhelfen, dass der Krieg verhindert wird. Wir möchten auch einen Beitrag an die Sicherung des Friedens auf der Welt leisten. Es geht dabei um ein überaus interessantes und vielfältiges Mosaik von Massnahmen in den verschiedensten Bereichen. Wir wissen von Auslandkontakten, dass die Dynamisierung dieser Tätigkeit unserem Image im Ausland gut getan hat.

Es geht aber nicht um Imagepflege, sondern um unseren Beitrag, der wichtig und nötig ist. Ich nehme an, dass Sie die meisten dieser Aktivitäten kennen. Ich lasse es deshalb bei einer summarischen Aufzählung bewenden:

- Teilnahme an verschiedenen internationalen Konferenzen über vertrauensbildende Massnahmen, Abschaffung der chemischen Waffen, Menschenrechte usw.
- Sicherstellung der medizinischen Versorgung der UNO-Friedenstruppe in Namibia mit einer Truppe von Freiwilligen
- Ausbildung von Sicherheitsexperten auf internationaler Basis
- Vorgesehener Einsatz von schweizerischen Militärbeobachtern bei friedenserhaltenden Aktionen.

Wir prüfen derzeit auch, ob und gegebenenfalls wie schweizerische Blauhelme eingesetzt werden könnten, allerdings nur, wenn Parlament und Volk dies wollen.

Ich habe vor, diesen Bereich der Sicherheitspolitik in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten zu fördern. In Kürze sollen dafür in meinem Departement bessere Strukturen geschaffen werden. Ich habe vor, eine spezialisierte Abteilung im Rahmen der Gruppe für Generalstabsdienste zu bilden, in welcher sämtliche Fachleute, die jetzt im Departement verteilt sind, zusammengefasst werden sollen. Weiter möchte ich eine Art Strategieguppe schaffen, die mit mir zusammen permanent Lagebeurteilungen vornimmt und die Strategie für die ausgreifenden Massnahmen der Sicherheitspolitik festlegt. Diese Lagebeurteilungen sollen periodisch mit dem EDA abgestimmt werden.

#### Schlusswort

Bis zur neuen Armee, die gegen Ende dieses Jahrtausends verjüngt, dynamisch, abgespeckt, mit neuem Erscheinungsbild, neuen Uniformen, einer tauglichen Kampfausrüstung und modernen Waffen entstehen soll, ist es ein weiter Weg. Dieser Weg kann aber nur dann gegangen werden, wenn wir die Klippe des 26. Novembers überwinden. Die erste Herausforderung kommt also schon in wenigen Wochen auf uns zu.

Die Armee führt diesen Abstimmungskampf nicht. Es sind die Bürger, die hier in die Verantwortung und in die Pflicht genommen werden. Die Generalmobilmachung an der Urne ist nötig. Hier

haben Sie nicht als Offiziere, sondern als Bürger eine enorm wichtige Aufgabe. Sie sind Fachleute, die in der Lage sind, Ihren Mitbürgern zu erläutern, warum wir auf unsere Milizarmee nicht leichtfertig verzichten dürfen. Sie können am Arbeitsplatz, in der Familie und am Biertisch darlegen, dass unsere Defensivarmee eines der fortschrittlichsten Sicherheitskonzepte der Welt verkörpert. Sie hat modellhaft die strukturelle Nichtangriffsfähigkeit längst erreicht und sie unterliegt in geradezu klassischer Weise der demokratischen Kontrolle durch die Politik. Sie sind in der Lage, glaubwürdig die Botschaft zu verbreiten, dass es ohne Freiheit und Unabhängigkeit auf der Welt keinen echten Frieden geben kann, und dass es immer wieder Opfer braucht, um diese Werte zu verteidigen und zu sichern. Erklären Sie auch jenen, die aus kleinlichen Gründen der Armee eins auswischen wollen, ohne dass sie für deren Abschaffung sind, dass diese Denkmittelmentalität ein grosser Fehler ist. Dem Ausland gegenüber müssen wir an der Urne den eindeutigen Willen zur Selbstbehauptung mit einem Nein zu dieser Initiative bekräftigen. Ich zähle auf Sie!